



# Botschaften der Regierung an den Grossen Rat

Heft Nr. 6/2004–2005

Inhalt	Seite
9. Aufhebung des Gesetzes über das Wandergewerbe und die Spiel- und Filmpolizei vom 16. Oktober 1966 .....	1009
10. Erlass, Aufhebung und Anpassung verschiedener Rechtserlasse im Zusammenhang mit der Reorganisation und der Neuunterstellung des Amtes für Zivilrecht (AZR) .....	1027



## Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>9. Aufhebung des Gesetzes über das Wandergewerbe und die Spiel- und Filmpolizei vom 16. Oktober 1966</b>	
<b>I. Ausgangslage</b> .....	1009
1. Allgemeines .....	1009
2. Auswirkungen der neuen Bundesgesetzgebung .....	1010
<b>II. Handlungsspielraum und -bedarf</b> .....	1010
<b>III. Vernehmlassungsverfahren</b> .....	1011
<b>IV. Personelle und finanzielle Auswirkungen</b> .....	1011
<b>V. Übereinstimmung mit dem Projekt «VFRR»</b> .....	1012
<b>VI. Antrag</b> .....	1012
<b>10. Erlass, Aufhebung und Anpassung verschiedener Rechtserlasse im Zusammenhang mit der Reorganisation und der Neuunterstellung des Amtes für Zivilrecht (AZR)</b>	
<b>I. Ausgangslage</b> .....	1027
<b>II. Handlungsbedarf</b> .....	1028
1. Reorganisation des Amtes für Zivilrecht .....	1028
2. Revision der eidgenössischen Zivilstandsverordnung .....	1028
<b>III. Vernehmlassungsverfahren</b> .....	1029
<b>IV. Erläuterungen zu den einzelnen Revisionsvorlagen</b> .....	1029
1. Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EG zum ZGB; BR 210.100) .....	1029
a. Ausgangslage .....	1029
b. Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln .....	1030
2. Einführungsgesetz zum Schweizerischen Obligationenrecht (EG zum OR; BR 210.200) .....	1032
3. Gesetz über die berufliche Vorsorge (BR 543.100) .....	1033
	1007

<b>III. Personelle und finanzielle Auswirkungen</b> .....	1033
<b>IV. Übereinstimmung mit dem Projekt «VFRR»</b> .....	1035
<b>V. Antrag</b> .....	1035

## Botschaften der Regierung an den Grossen Rat

9.

### **Aufhebung des Gesetzes über das Wandergewerbe und die Spiel- und Filmpolizei vom 16. Oktober 1966**

Chur, 29. Juni 2004

Sehr geehrter Herr Landespräsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachstehend die Botschaft und den Entwurf des Beschlusses zur Aufhebung des Gesetzes über das Wandergewerbe und die Spiel- und Filmpolizei vom 16. Oktober 1966 (BR 935.100).

#### **I. Ausgangslage**

##### **1. Allgemeines**

Das geltende Gesetz über das Wandergewerbe und die Spiel- und Filmpolizei ist am 16. Oktober 1966 vom Volke angenommen worden. Seither sind verschiedene Artikel des Gesetzes aufgehoben worden (vgl. Art. 30 ff.) und Verordnungen, denen das Gesetz über das Wandergewerbe und die Spiel- und Filmpolizei als gesetzliche Grundlage diente (grossrätliche Verordnung über das Sammelwesen, Verordnung über die Spielapparate und Spielbetriebe), im Rahmen früherer Revisionen weggefallen oder durch ein Gesetz ersetzt worden (Gesetz über die Spielautomaten und Spielbetriebe; BR 935.600).

Mit dem Erlass des Bundesgesetzes über das Gewerbe der Reisenden (SR 943.1) und der Verordnung über das Gewerbe der Reisenden (SR 943.11), beide in Kraft seit 1. Januar 2003, ist der Bereich des Gewerbes von Reisenden, die Konsumentinnen oder Konsumenten Waren oder Dienstleistungen anbieten, erstmals gesamtschweizerisch umfassend geregelt.

## **2. Auswirkungen der neuen Bundesgesetzgebung**

Die kantonale Wandergewerbegesetzgebung ist aufgrund der derogatorischen Kraft der Bundesgesetzgebung nahezu hinfällig geworden und hat nur noch untergeordnete Bedeutung. Insbesondere die Bewilligungspflicht für Wandergewerbebewilligungen und deren Voraussetzungen, die Gebührensatzsetzung und die Bewilligungserteilung werden durch das Bundesrecht abschliessend geregelt. Den Kantonen bleibt in diesem Bereich kein Raum mehr für eigene materielle Regelungen. So ist zum Beispiel eine Bewilligungspflicht für Strassenmusikanten im Bundesrecht nicht mehr vorgesehen, womit diese Tätigkeit – allenfalls noch im Rahmen der Benutzung öffentlichen Grundes, nicht jedoch aus Sicht der Wandergewerbegesetzgebung – keine Bewilligung mehr benötigt.

Andererseits sind das Bundesgesetz über das Gewerbe der Reisenden und die dazugehörige Verordnung ohne zusätzliche kantonale Ausführungsbestimmungen anwendbar. Auch diesbezüglich besteht im kantonalen Recht somit kein gesetzgeberischer Handlungsbedarf.

Einzige Ausnahme bildet Art. 1 Abs. 3 des Bundesgesetzes über das Gewerbe der Reisenden, wonach Sammlungen mit gemeinnützigem oder wohltätigem Zweck und freiwillige öffentliche Versteigerungen kantonalem Recht unterstehen.

## **II. Handlungsspielraum und -bedarf**

Das Bundesrecht lässt den Kantonen nur noch bezüglich der Sammlungen mit gemeinnützigem oder wohltätigem Zweck und der freiwilligen öffentlichen Versteigerungen einen eigenständigen Regelungsbereich. Die kantonale Sammlungsverordnung wurde im Rahmen des Projektes VFRR aufgehoben (ehemals BR 580.250; AGS 2000 S. 4598).

Eine kantonale Bewilligungspflicht für öffentliche Versteigerungen liesse sich zum Schutz polizeilicher Güter, konkret der Grundsatz von Treu und Glauben im Geschäftsverkehr, rechtfertigen. Dadurch soll das Publikum vor Täuschung und Ausbeutung geschützt werden. Regeln zu den freiwilligen öffentlichen Versteigerungen finden sich gestützt auf Art. 236 des Obligationenrechts (OR; SR 220) im Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EG zum ZGB; BR 210.100). So unterstehen öffentliche Versteigerungen gemäss Art. 144 EG zum ZGB der amtlichen Leitung des Kreispräsidenten oder eines von ihm bezeichneten Kreisbeamten. Die gesamte Versteigerung ist gemäss Abs. 2 dieses Artikels zu protokollieren. Damit ist der Schutz aller beteiligten Personen genügend gewährleistet. Auf eine zusätzliche kantonale Bewilligung gestützt auf das Wandergewerbegesetz kann deshalb verzichtet werden.

In Anbetracht der massgeblichen Bundesgesetzgebung ist die Regelung des Kantons Graubünden anzupassen. Ein Gesetz, das in den Hauptteilen keine Anwendung mehr findet, ist aus Gründen der Rechtssicherheit und nach den allgemeinen Gesetzgebungsgrundsätzen ersatzlos aufzuheben.

### **III. Vernehmlassungsverfahren**

Aufgrund der klaren Verhältnisse und des nicht vorhandenen Handlungsspielraums, der fehlenden Auswirkungen auf Kreise und Gemeinden sowie der Tatsache, dass der Aufhebung des Gesetzes über das Wandergewerbe und die Spiel- und Filmpolizei nur noch formaler Charakter zukommt, wurde auf die Durchführung eines Vernehmlassungsverfahrens verzichtet.

### **IV. Personelle und finanzielle Auswirkungen**

Mit In-Kraft-Treten des neuen Bundesgesetzes über das Gewerbe der Reisenden und der bundesrätlichen Gebührenbestimmungen sind die Einnahmen des Kantons aus den Wandergewerbebewilligungen gegenüber dem Vorjahr um Fr. 86 698.30 auf Fr. 30 149.– gesunken. In diesem Betrag enthalten sind Gebühren von Fr. 3 300.– für drei Bewilligungen, die das Amt für Polizeiwesen gestützt auf das kantonale Wandergewerbegesetz ausgestellt hat. Dabei konnte für eine dieser drei Bewilligungen allein eine Gebühr von Fr. 3 000.– erhoben werden. Diese Gebühreneinnahmen entfallen mit der Aufhebung des Erlasses.

Der Gesamtaufwand für die Ausstellung der notwendigen Bewilligungen hat sich gegenüber den Vorjahren nicht messbar verändert. Zwar wird eine geringere Anzahl Bewilligungen erteilt, deren Ausstellung ist jedoch aufwendiger, da neu verschiedene Unterlagen, wie Handels- und Strafregisterauszüge, eingeholt und die Bewilligungen mit einem Foto versehen werden müssen.

Relevante finanzielle Auswirkungen ergaben sich durch das In-Kraft-Treten des neuen Bundesgesetzes per 1. Januar 2003. Die Aufhebung des Gesetzes über das Wandergewerbe und die Spiel- und Filmpolizei ihrerseits hat nur minimale finanzielle und keine personelle Auswirkungen.

## V. Übereinstimmung mit dem Projekt VFRR

Aufgrund der ersatzlosen Aufhebung eines Erlasses entspricht die Vorlage konsequent den Grundsätzen der Verwesentlichung und Flexibilisierung der Rechtssetzung und Rechtsanwendung (VFRR).

## VI. Antrag

Gestützt auf diese Botschaft beantragen wir Ihnen:

1. auf die Vorlage einzutreten;
2. der Aufhebung des Gesetzes über das Wandergewerbe und die Spiel- und Filmpolizei zuzustimmen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Landespräsident, sehr geehrte Damen und Herren, die Versicherung unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Regierung

Der Präsident: *i.V. Widmer-Schlumpf*

Der Kanzleidirektor: *Riesen*



## **Gesetz über das Wandergewerbe und die Spiel- und Filmpolizei**

Aufhebung vom ...

---

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung,  
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 29. Juni 2004,

beschliesst:

### **I.**

Das Gesetz über das Wandergewerbe und die Spiel- und Filmpolizei vom 16. Oktober 1966 wird aufgehoben.

### **II.**

Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens dieser Aufhebung.



## **Legge sulle professioni ambulanti e la polizia dei giochi e dei film**

Abrogazione del ...

---

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 31 della Costituzione cantonale,  
visto il messaggio del Governo del 29 giugno 2004,

decide:

### **I.**

Viene abrogata la legge sulle professioni ambulanti e la polizia dei giochi e dei film del 16 ottobre 1966.

### **II.**

La presente decisione è soggetta a referendum facoltativo.

Il Governo stabilisce l'entrata in vigore della presente abrogazione.



## **Lescha davart il commerzi ambulants e la polizia da gieu e films**

aboliziun dals

---

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 31 da la constituziun chantunala,  
suenter avair gi' invista da la missiva da la regenza dals 29 da zercladur  
2004,

concluda:

### **I.**

La lescha davart il commerzi ambulants e la polizia da gieu e films dals 16  
d'october 1966 vegn abolida.

### **II.**

Quest conclus è sutta mess al referendum facultativ.

La regenza fixescha il termin da l'entrada en vigur da questa aboliziun.



## Geltendes Recht

# Gesetz über das Wandergewerbe und die Spiel- und Filmpolizei

Vom Volke angenommen am 16. Oktober 1966<sup>1)</sup>

---

## I. Das Wandergewerbe

### 1. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

#### Art. 1

<sup>1</sup> Wer im Kanton Graubünden ein Wandergewerbe ausübt, bedarf einer kantonalen Bewilligung. Bewilligungspflicht

<sup>2</sup> Wandergewerbe ist die Ausübung einer Gewerbetätigkeit im Umherziehen. Dazu gehören insbesondere der Hausierhandel, die Wanderlager, die Warenautomaten, das Wanderhandwerk und das künstlerische Gewerbe.

<sup>3</sup> Die Regierung kann weitere Wandergewerbearten der Bewilligungspflicht unterstellen.

#### Art. 2

<sup>1</sup> Das Bewilligungsgesuch ist bei der von der Regierung bezeichneten Bewilligungsinstanz<sup>2)</sup> schriftlich oder mündlich anzubringen. Gesuch

<sup>2</sup> Es hat die genauen Personalien, die Art und die gewünschte Gültigkeitsdauer der Bewilligung sowie die Art der zu verkaufenden Ware oder des Gewerbes zu enthalten.

<sup>3</sup> Der Gesuchsteller hat anzugeben, ob er ein Motorfahrzeug verwendet.

#### Art. 3

<sup>1</sup> Die Wandergewerbebewilligung darf nur Personen erteilt werden, die das 20. Altersjahr erfüllt haben, einen unbescholtenen Leumund besitzen, frei sind von ansteckenden und abstossenden Krankheiten und für eine klaglose Ausübung des Gewerbes Gewähr bieten. Persönliche Voraussetzungen

---

<sup>1)</sup> B vom 4. April 1966, 199; GRP 1966, 128 und 166

<sup>2)</sup> Vgl. dazu Art. 1 RAB zu diesem Gesetz, BR 935.110

<sup>2</sup> Die Bewilligungsinstanz kann bei Vorliegen besonderer Verhältnisse Ausnahmen vom Mindestalter gestatten.

<sup>3</sup> Bei Unmündigen und Entmündigten ist die schriftliche Einwilligung des gesetzlichen Vertreters erforderlich.

#### **Art. 4**

Sachliche Voraussetzungen

<sup>1</sup> Die Ausübung des Wandergewerbes darf nicht gegen die guten Sitten und die öffentliche Gesundheit verstossen, die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden, die Menschenwürde verletzen oder Schund zum Gegenstand haben.

<sup>2</sup> Sie hat den Interessen des Natur- und Heimatschutzes Rechnung zu tragen und sich an die tierseuchenpolizeilichen Vorschriften zu halten.

<sup>3</sup> Im Wandergewerbe dürfen keine Geschäfte auf Abzahlung abgeschlossen werden.

#### **Art. 5**

Bewilligung

<sup>1</sup> Die Bewilligungsinstanz prüft, ob die Voraussetzungen für die Bewilligung gegeben sind.

<sup>2</sup> Die Bewilligung wird natürlichen Personen erteilt. Der Inhaber hat bei der Ausübung des Gewerbes einen gültigen Ausweis auf sich zu tragen.

#### **Art. 6**

Entzug

Die Bewilligung ist zu entziehen, wenn die persönlichen oder sachlichen Voraussetzungen für die Gewerbeausübung nicht mehr erfüllt sind.

#### **Art. 7**

Betreten fremden Eigentums

<sup>1</sup> Die Bewilligung gibt kein Recht, eine Liegenschaft, insbesondere ein Haus oder eine Wohnung, gegen den Willen des Besitzers zu betreten.

<sup>2</sup> Der Aufforderung, sich zu entfernen, ist unverzüglich Folge zu leisten.

#### **Art. 8**

Hinterlegung der Bewilligung

Wird eine Bewilligung aus unvorhergesehenen Gründen nicht benutzt, so kann der Ausweis bei der Bewilligungsinstanz hinterlegt werden. Bei Wiederbezug des Ausweises wird die Bewilligung kostenlos um die Dauer der Hinterlegung verlängert.

## 2. HAUSIERHANDEL

#### **Art. 9**

Begriff

Als Hausierhandel gelten das Mitführen und Feilbieten von Waren ohne vorherige Bestellung im Umherziehen von Haus zu Haus und auf Strassen und Plätzen sowie die Warenlieferung unmittelbar nach einer Bestel-



lungsaufnahme von einem Wanderlager oder Motorfahrzeug aus. Dazu gehören auch der gewerbsmässige Ankauf und Tausch und das Einsammeln von Waren im Umherziehen.

**Art. 10**

<sup>1</sup> Von der Bewilligungspflicht befreit sind

Ausnahmen von  
der Bewilligungs-  
pflicht

- a) der Hausierhandel ohne Motorfahrzeug mit Brot- und Backwaren, mit Obst, Gemüse, Pflanzen und anderen landwirtschaftlichen Produkten und mit wildwachsenden Beeren, Früchten und Pilzen,
- b) der Direktverkauf der mitgeführten Waren an Wiederverkäufer und Grossverbraucher, der Ankauf von Fellen und der Verkauf von Kalendern und Büchern gemeinnütziger Vereine und Sprachgesellschaften.

<sup>2</sup> Der bewilligungsfreie Hausierhandel untersteht der polizeilichen Aufsicht.

**Art. 11**

<sup>1</sup> Im Hausierhandel dürfen nicht feilgeboten werden:

Unzulässige Ware

Salz  
alkoholische Getränke  
Heilmittel einschliesslich medizinischer Geräte  
Apparate und Vorrichtungen aller Art  
Waffen, Munition, Sprengmittel, Knallfeuerwerk und explosiv wirkende Spielzeuge  
Schmucksachen und Uhren  
Platin-, Gold- und Silberwaren  
Edelsteine und ihre Nachahmungen  
Wertpapiere und Lose

<sup>2</sup> Die Regierung kann weitere Waren vom Hausierhandel ausschliessen, wenn dies zum Schutze des Publikums notwendig erscheint.

**Art. 12**

<sup>1</sup> Der Hausierhandel ist an den öffentlichen Ruhetagen<sup>1)</sup> und vor 08.00 Uhr und nach 19.00 Uhr verboten.

Zeit der  
Ausübung

<sup>2</sup> Zeitungen und Zeitschriften dürfen an allen Tagen bis zur Polizeistunde in Gaststätten vertrieben werden.

**Art. 13**

<sup>1</sup> Das Mitnehmen von Personen unter 16 Jahren und das Mitführen von Tieren ist bei der Ausübung des Hausierhandels verboten.

Mitnehmen von  
Kindern und  
Tieren

---

<sup>1)</sup> Vgl. dazu Gesetz über die öffentlichen Ruhetage, BR 520.100

<sup>2</sup> Bei Vorliegen besonderer Verhältnisse kann die Bewilligungsinstanz Ausnahmen gestatten.

### 3. WANDERLAGER

#### Art. 14

Begriff

Wanderlager ist ein vorübergehend errichtetes Warenlager zum Zwecke des Verkaufes ausserhalb des Geschäftes oder eines Warenmarktes. Ein Wanderlager führt auch, wer auf bestimmten Plätzen oder in Ständen an kantonalen Viehmärkten Waren feilbietet.

#### Art. 15

Advents- und Passionszeit

Die Gemeindevorstände können den Verkauf aus Wanderlagern in der Advents- und Passionszeit einschränken oder verbieten.

#### Art. 16

Warenmärkte

Die Warenmärkte werden von den Gemeinden organisiert und überwacht. Diese können hierfür Gebühren erheben.

#### Art. 17

Ausnahmen von der Bewilligungspflicht

Die Bewilligungsinstanz kann den Verkauf von Waren an Ausstellungen und bei besonderen Anlässen von der Bewilligungspflicht befreien, wenn die Veranstaltung durch Behörden, Verbände oder gemeinnützige Institutionen organisiert wird.

### 4. WARENAUTOMATEN

#### Art. 18

Begriff

<sup>1</sup> Warenautomaten sind Einrichtungen, durch welche automatisch Waren verkauft werden.

<sup>2</sup> Warenautomaten, die nicht jedermann zur Verfügung stehen oder die in Geschäftslokalen oder Wartesälen öffentlicher Transportunternehmungen aufgestellt werden, sind von der Bewilligungspflicht befreit.

#### Art. 19

Verbotene Ware

Mit Warenautomaten darf nur die von der Lebensmittelgesetzgebung zugelassene und vom Hausierhandel nicht ausgeschlossene Ware verkauft werden. Diese Vorschrift gilt auch für die von der Bewilligungspflicht befreiten Warenautomaten.

#### Art. 20

Anhören der Gemeinde

Die Gemeinde ist vor Erteilung der Bewilligung anzuhören.

## 5. WANDERHANDWERK

### Art. 21

Wanderhandwerk ist

Begriff

- a) die Ausübung eines Gewerbes im Umherziehen ausserhalb der Wohngemeinde,
- b) das Einsammeln von Gegenständen zur Reinigung und Wiederinstandstellung, wenn der Anstoss nicht vom Kunden ausgegangen ist,
- c) die Aufnahme von Bild und Ton im Umherziehen ausserhalb der Wohngemeinde zum Zwecke des Verkaufes, ausgenommen für Radio, Fernsehen und Presse.

## 6. KÜNSTLERISCHES GEWERBE

### Art. 22

Ein künstlerisches Gewerbe betreibt, wer musikalische, dramatische und andere öffentliche Vorführungen, Vorträge, Aufführungen und Schaustellungen gegen Entgelt ausserhalb der Wohngemeinde veranstaltet.

Begriff

### Art. 23

<sup>1</sup> Für ein künstlerisches Gewerbe, das von mehreren Personen ausgeübt wird, ist die Bewilligung auf den verantwortlichen Leiter auszustellen.

Mitwirkende  
Personen

<sup>2</sup> Dieser hat im Gesuch die genauen Personalien der mitwirkenden Personen anzugeben.

### Art. 24

Die Regierung kann Ausnahmen von der Bewilligungspflicht gestatten, wenn das Gewerbe einem gemeinnützigen, wissenschaftlichen oder kulturellen Zweck dient. <sup>1)</sup>

Ausnahmen von  
der Bewilligungs-  
pflicht

### Art. 25

Für die Bewilligung von Personen unter 16 Jahren ist eine Ermächtigung der Bewilligungsinstanz erforderlich.

Kinder

## 7. GEBÜHREN

### Art. 26

<sup>1</sup> Die Gebühren für eine Wandergewerbebewilligung werden von der Regierung festgesetzt. <sup>2)</sup>

Gebühren

---

<sup>1)</sup> Siehe dazu Art. 5 RAB zu diesem Gesetz, BR 935.110

<sup>2)</sup> Siehe RAB zu diesem Gesetz, BR 935.110

<sup>2</sup> Die Hälfte der jährlichen Gebühreneinnahmen für Wanderlager und Warenautomaten fällt den in der Bewilligung genannten Gemeinden zu; die Hälfte der übrigen Gebühreneinnahmen wird entsprechend der Einwohnerzahl auf alle Gemeinden verteilt.

#### Art. 27

Herabsetzung der  
Gebühr

Die Bewilligungsinstanz kann die Gebühr herabsetzen oder erlassen, wenn der Bewilligungsinhaber bedürftig oder invalid ist oder Erzeugnisse der bündnerischen Heimarbeit vertreibt.

### 8. BESCHWERDERECHT

#### Art. 28<sup>1)</sup>

Rechtsmittel

Entscheide der Bewilligungsinstanz können innert 20 Tagen mit Rekurs beim Verwaltungsgericht angefochten werden.

### 9. AUFSICHT

#### Art. 29

Aufsicht

Die Bewilligungsinstanz, die Kantons- und Gemeindepolizei und die Organe der Lebensmittelkontrolle haben über die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zu wachen. Sie sind berechtigt, jederzeit die Vorweisung des Bewilligungsausweises und der mitgeführten oder angebotenen Ware oder Leistung zu verlangen.

## II. Lotterie und Filmpolizei<sup>2)</sup>

#### Art. 30<sup>3)</sup>

#### Art. 31<sup>3)</sup>

#### Art. 32<sup>3)</sup>

<sup>1)</sup> Fassung gemäss Revision durch Art. 83 Ziff. 20 VGG, BR 370.100

<sup>2)</sup> Fassung gemäss Art. 14 Ziff. 1 Gesetz über die Spielautomaten und Spielbetriebe, BR 935.600

<sup>3)</sup> Aufhebung gemäss Art. 14 Ziff. 1 Gesetz über die Spielautomaten und Spielbetriebe, BR 935.600

**Art. 33**

<sup>1</sup> <sup>1)</sup>Der Grosse Rat regelt die Lotterie-, Spiel- und Filmpolizei sowie das Sammelwesen auf dem Ordnungswege <sup>2)</sup>, soweit nicht dieses Gesetz oder ein grossräthlicher Erlass die Regierung dazu ermächtigt.

Verordnungsbe-  
fugnis des  
Grossen Rates  
und der Re-  
gierung

<sup>2</sup> Die Regierung kann für öffentliche Fernseh- und Lichtbildvorführungen besondere Bestimmungen erlassen.

**III. Strafbestimmungen** <sup>3)</sup>**Art. 34** <sup>1)</sup>

Übertretungen der kantonalen Vorschriften über das Wandergewerbe und die Filmpolizei werden vom ordentlichen Strafrichter mit Busse geahndet, wenn nicht die Strafbestimmungen des Schweizerischen Strafgesetzbuches <sup>4)</sup> oder des kantonalen Gesetzes über die Strafrechtspflege <sup>5)</sup> Anwendung finden.

Übertretungen

**Art. 35** <sup>6)</sup>**IV. Schlussbestimmungen** <sup>7)</sup>**Art. 36** <sup>7)</sup>

Die Regierung erlässt die erforderlichen Ausführungs- und Übergangsbestimmungen zu diesem Gesetz. <sup>8)</sup>

Ausführungs- und  
Übergangsbe-  
stimmungen

---

<sup>1)</sup> Fassung gemäss Art. 14 Ziff. 1 Gesetz über die Spielautomaten und Spielbetriebe, BR 935.600

<sup>2)</sup> BR 935.450; BR 935.500; BR 935.510; BR 935.400

<sup>3)</sup> Fassung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 30

<sup>4)</sup> SR 311.0

<sup>5)</sup> BR 350.000

<sup>6)</sup> Aufhebung gemäss Art. 14 Ziff. 1 Gesetz über die Spielautomaten und Spielbetriebe, BR 935.600

<sup>7)</sup> Abschnitts- und Artikelnumerierung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 30

<sup>8)</sup> BR 935.110

Inkrafttreten,  
Aufhebung  
bisherigen  
Rechtes

**Art. 37**<sup>1)</sup>

<sup>1</sup> Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1967 in Kraft. Auf diesen Zeitpunkt werden das Gesetz über die Ausübung von Handel und Gewerbe vom 7. April 1929<sup>2)</sup> und die grossrätliche Ausführungsverordnung dazu vom 23. November 1928<sup>3)</sup> aufgehoben.

<sup>2</sup> Verweisen geltende Erlasse auf Bestimmungen, welche durch dieses Gesetz oder seine Ausführungsbestimmungen aufgehoben werden, so finden die entsprechenden Vorschriften dieses Gesetzes und seiner Ausführungsbestimmungen Anwendung.

**V. Übergangsbestimmungen zur Gesetzesrevision**<sup>1)</sup>

Übergangsbe-  
stimmungen

**Art. 38**<sup>1)</sup>

Die Revision des Gesetzes vom 13. März 1977 tritt mit ihrer Annahme durch das Volk in Kraft. Vor diesem Zeitpunkt aufgestellte Spielapparate, die Geld- oder Warengewinne abgeben, sind innert drei Monaten nach Inkrafttreten dieser Änderung ausser Betrieb zu nehmen.<sup>4)</sup> Die Regierung sorgt für den Vollzug der revidierten Bestimmungen.

---

<sup>1)</sup> Abschnitts- und Artikelnumerierung gemäss Volksbeschluss vom 25. September 1994; siehe FN zu Art. 30

<sup>2)</sup> aRB 1701

<sup>3)</sup> aRB 1711

<sup>4)</sup> Frist in Nachachtung eines Bundesgerichtsentscheides mit RB vom 27. Juli 1977 bis 31. August 1977 verlängert

## **Erlass, Aufhebung und Anpassung verschiedener Rechtserlasse im Zusammenhang mit der Reorganisation und der Neuunterstellung des Amtes für Zivilrecht**

Chur, 29. Juni 2004

Sehr geehrter Herr Landespräsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachstehend die Botschaft betreffend Erlass, Aufhebung und Anpassung verschiedener Rechtserlasse im Zusammenhang mit der Reorganisation und der Neuunterstellung des Amtes für Zivilrecht (AZR) und die entsprechenden Entwürfe der verschiedenen Rechtserlasse.

### **I. Ausgangslage**

Der Grosse Rat hat in der Juni- und Augustsession 2003 die Botschaft betreffend Struktur- und Leistungsüberprüfung zur Sanierung des Kantons Haushaltes behandelt und über 200 Entlastungsmassnahmen beschlossen. Die Massnahme A 06 sieht den Zusammenschluss des Grundbuchinspektorsrats (GBI) mit dem Handelsregisteramt (HRA) sowie evtl. dem Amt für Zivilrecht (AZR) vor. Im Rahmen der grundlegenden Überprüfung der Strukturen und Abläufe und des Zusammenschlusses von GBI und HRA sollte in einem zweiten Schritt die Integration von Teilen des AZR geprüft werden. Diese Massnahme enthält einzig in Bezug auf den Zusammenschluss der beiden Stellen GBI und HRA eine finanzielle Vorgabe. Der Grosse Rat beschloss zudem verschiedene Strukturmassnahmen, deren Umsetzung mittelfristig geprüft und realisiert werden sollten (sog. F-Massnahmen). Dazu gehört auch die als Massnahme F 209 vorgeschlagene Reorganisation des AZR verbunden mit einer Neuunterstellung der Dienststelle.

Nach Prüfung verschiedener Varianten der Reorganisation des AZR sprach sich die Regierung am 17. Dezember 2003 (Prot. Nr. 1848) für eine Übertragung der Aufgabenbereiche Vormundschaft, Zivilstand, Bürgerrecht, Namensänderungen und unentgeltliche Prozessführung auf das Amt für Po-

lizeiwesen (AfP) und für die Überführung der BVG- und Stiftungsaufsicht ins Finanz- und Militärdepartement (FMD) aus. Sie beauftragte das Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartement die Arbeiten im Hinblick auf die Übertragung dieser Funktionen weiterzuführen, die notwendigen Beschlüsse entscheidungsreif vorzubereiten und deren Umsetzung auf den 1. Januar 2005 zu ermöglichen.

Mit diesem Entscheid der Regierung wird die in der Massnahme A06 erwähnte allfällige Fusion des AZR mit dem GBI und dem HRA hinfällig. Als Vorgabe massgebend ist damit ausschliesslich die Massnahme F 209 betreffend Reorganisation des AZR verbunden mit einer Neuunterstellung der Dienststelle.

## **II. Handlungsbedarf**

### **1. Reorganisation des Amtes für Zivilrecht**

Im Zusammenhang mit der beabsichtigten Reorganisation des AZR sind auch die Zuständigkeitsnormen in verschiedenen Rechtserlassen zu ändern. So bedarf insbesondere die Übertragung einer Aufgabe auf eine neue Organisation oder eine andere Dienststelle – im Gegensatz zu einer Namensänderung – einer formellen Rechtsänderung. Bei den anzupassenden Erlassen handelt es sich um grossrätliche Verordnungen, deren Änderung aufgrund von Art. 103 Abs. 2 in Verbindung mit Art. 31 Abs. 2 Ziff. 5 der neuen Kantonsverfassung (KV; BR 110.100) die Überführung auf Gesetzesstufe erfordert. Die durch den Grossen Rat zu ändernden Erlasse sind die Vollziehungsverordnung über das Zivilstandswesen (VV ZStV; BR 213.100), die Vollziehungsverordnung zum Schweizerischen Obligationenrecht (GAV zum OR; BR 210.200) und die Vollziehungsverordnung über die berufliche Vorsorge (BR 543.100).

In den vorgeschlagenen Änderungen wird aufgrund der neueren Rechtssetzungspraxis weder das zuständige Departement noch das federführende Amt namentlich bezeichnet, sondern die Zuständigkeit unbestimmt gefasst.

### **2. Revision der eidgenössischen Zivilstandsverordnung**

Im Weiteren wird wegen der Totalrevision der eidgenössischen Zivilstandsverordnung (ZStV; SR 211.112.1) eine Revision der Vollziehungsverordnung über das Zivilstandswesen erforderlich.



### III. Vernehmlassungsverfahren

Aufgrund der geringen materiellen Rechtsänderungen konnte auf ein umfassendes Vernehmlassungsverfahren verzichtet werden. Zur Revision der Zivilstandsverordnung bzw. zur Anpassung des EG zum ZGB wurden das Kantonsgericht und der Bündnerische Verband für Zivilstandswesen zur Stellungnahme eingeladen. Auf deren Eingaben wird bei den Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln eingegangen.

## IV. Erläuterungen zu den einzelnen Revisionsvorlagen

### 1. Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EG zum ZGB; BR 210.100)

#### *a. Ausgangslage*

Die kantonalen Ausführungsbestimmungen zu den bundesrechtlichen Normen über das Zivilstandswesen waren bisher in der grossrätlichen Vollziehungsverordnung über das Zivilstandswesen (VV ZStV; BR 213.100) enthalten. Diese wurde im Hinblick auf die per 1. Januar 2000 vom Bund verordnete Restrukturierung der Zivilstandsämter letztmals am 29. Januar 2002 umfassend geändert.

In der Zwischenzeit hat der Bundesrat die eidgenössische Zivilstandsverordnung bereits wieder überarbeitet und die bisher 189 auf 92 Artikel reduziert. Inhaltlicher Schwerpunkt der Totalrevision, die am 1. Juli 2004 in Kraft trat, bildet die in der zweiten Hälfte des Jahres 2004 in allen Kantonen einsetzende Aufschaltung auf den produktiven Betrieb der Ereigniserfassung im **Informatisierten Ständeregister** (Infostar). Darüber hinaus sind viele der bisherigen Bestimmungen inhaltlich zusammengefasst und geringfügig verändert worden. Eine wesentliche Änderung stellt Art. 4 ZStV dar, wonach die Kantone jedem Zivilstandskreis die nötige Anzahl Zivilstandsbeamtinnen und Zivilstandsbeamte zuordnen, die Leiterin oder den Leiter des Amtes bestimmen und die Stellvertretung regeln.

Es erscheint sinnvoll, die durch das Bundesrecht bedingte Anpassung des kantonalen Rechts gleichzeitig mit dem durch die Ämterfusion begründeten Änderungsbedarf vorzunehmen. Dabei sind die wichtigeren Bestimmungen in Gesetzesform zu kleiden (Art. 31 Abs. 2 KV), was am einfachsten durch eine entsprechende Änderung und Ergänzung des EG zum ZGB erfolgt. Weniger wichtige Bestimmungen sind in die Regierungsverordnung (Ausführungsbestimmungen zur Vollziehungsverordnung über das Zivilstandswesen;

RAB zur VV ZStV; BR 213.500) zu übernehmen. Die bisherige grossrätliche Vollziehungsverordnung über das Zivilstandswesen wird damit gegenstandslos und kann aufgehoben werden. Abgesehen von den aufgrund des Bundesrechts neu zu regelnden Tatbeständen entspricht die Gesetzesänderung weitgehend dem bisherigen Recht.

Aufgrund einer entsprechenden Vorprüfung des Entwurfes hat das eidgenössische Amt für das Zivilstandswesen mit Schreiben vom 4. Mai 2004 eine Genehmigung der Revision in Aussicht gestellt. Die in der Vorprüfung enthaltenen Anregungen konnten bei der Redaktion der Vorlage berücksichtigt werden.

### *b. Erläuterungen zu den einzelnen Artikeln*

#### *Art. 13 I. Zuständigkeit 1. Der Gemeindepräsident*

Dieser Artikel ist einerseits formell überarbeitet und andererseits mit einer Ziffer 3 ergänzt worden, die grundsätzlich dem bisherigen Art. 15 VV ZStV entspricht. Mit der Ergänzung in Ziffer 1 wird die Änderung des Zivilgesetzbuches nachvollzogen, mit der die rechtliche Stellung von Tieren in der Schweizer Rechtsordnung verbessert wurde. Verantwortlich für die Entgegennahme der Anzeigen von Sach- und Tierfunden ist der Gemeindepräsident. Er ist weiter verantwortlich für die Weiterleitung der Anzeige eines Tierfundes an die Meldestelle beim Veterinäramt.

#### *Art. 14 Abs. 5 und 6 2. Der Gemeindevorstand*

Der Regelungsinhalt von Abs. 5 war bisher in Art. 78 Abs. 1 ZStV enthalten. Nachdem nun die revidierte eidgenössische Zivilstandsverordnung in Art. 35 Abs. 4 eine entsprechende Regelung den Kantonen überlässt, besteht wegen der Weiträumigkeit der Zivilstandskreise ein Handlungsbedarf. Das Vertrauen auf den Weiterbestand der bisherigen Regelung war in vielen Kreisen des Kantons ein massgebendes Motiv, der Restrukturierung ihrer Zivilstandsämter zuzustimmen.

Abs. 6 entspricht dem bisherigen Art. 20 RAB zur VV ZStV mit anderer Zuständigkeit.

Diese Anpassung bedingt auch eine Änderung von Art. 123 Abs. 3 des kantonalen Steuergesetzes (BR 720.000), was mit Art. 163 Ziff. 10 vorgenommen werden kann.

Der Bündnerische Verband für Zivilstandswesen wendet in seiner Stellungnahme ein, die Todesmitteilungen auswärtig Verstorbener würden dem Zivilstandsamt und nicht der Gemeinde am letzten Wohnsitz zugestellt. Dieser Einwand übersieht die neu in Art. 49 ZStV übernommene Bestimmung,

wonach Erfassung und Bereinigung von Personenstandsdaten im System Infostar nicht mehr einem Zivilstandsamt, sondern der Gemeindeverwaltung des Wohnsitzes oder Aufenthaltes einer Person mitzuteilen sind. Die Eröffnung beim Kreisamt deponierter Testamente oder Erbverträge kann somit nur sichergestellt werden, wenn die Gemeindeverwaltung am letzten Wohnsitz einer Person verpflichtet wird, dem Kreisamt den Todesfall mitzuteilen.

#### *Art. 20 I. Zivilstandskreise, -ämter*

Die Abs. 1 und 2 entsprechen grundsätzlich den bisherigen Art. 1 und 2 VV ZStV. Abs. 3 entspricht im Wesentlichen dem bisherigen Art. 20a RAB zur VV ZStV.

Im Zusammenhang mit dem Infostar ermöglicht das neue Bundesrecht in Art. 2 ZStV den Kantonen die Einrichtung eines sogenannten Sonderzivilstandsamtes, dem aus Gründen der Rationalisierung verschiedene Aufgaben der Erfassung übertragen werden können. Eine wirksame Entlastung ist u.a. die direkte Überführung der Daten der eingebürgerten Ausländer. Die Führung des Sonderzivilstandsamtes soll direkt durch Mitarbeitende des Amtes für Zivilrecht erfolgen. Die Aufgaben dieses Sonderzivilstandsamtes sind in der Regierungsverordnung näher zu umschreiben.

#### *Art. 20a II. Zivilstandsbeamte*

Im Gegensatz zum bisherigen Recht sieht die revidierte Bundesverordnung vor, dass die Kantone jedem Zivilstandskreis die nötige Anzahl Zivilstandsbeamtinnen und Zivilstandsbeamte zuordnen, die Leiterin oder den Leiter des Amtes bestimmen und die Stellvertretung regeln (Art. 4 ZStV). In der Praxis kann dieser Verpflichtung nach Ansicht der Regierung auch dadurch entsprochen werden, dass an der bisherigen Wahlzuständigkeit nichts geändert, die Wahlen indessen vorgängig der Genehmigungspflicht durch die kantonale Aufsichtsbehörde unterstellt werden. Daraus ergibt sich die Pflicht einer frühzeitigen Kontaktnahme mit der Aufsichtsbehörde bereits im Vorfeld der Wahl. Mit dieser Lösung ist sichergestellt, dass den bundesrechtlichen Vorschriften Genüge getan wird.

#### *Art. 20b III. Kosten*

Abs. 1 dieser Bestimmung übernimmt mit einer zusätzlichen Präzisierung den bisherigen Art. 9 VV ZStV. Neu wird klärend beigefügt, dass zu den Betriebskosten auch die Kosten von Infostar zählen.

Wurde bisher eine Überführung fehlerhafter Register in das Infostar notwendig, übernahm der Kanton diese Aufgabe und stellte der betroffenen Gemeinde die entsprechenden Kosten in Rechnung. Art. 12 Abs. 2 VV ZStV und Art. 6 RAB zur VV ZStV sahen dafür eine Entschädigung von Fr. 300.– pro Tag vor. Neu überführen nun auch die professionalisierten Ämter fehlerhafte

Register. Die Kosten für diese Arbeiten sollen nicht von allen Gemeinden eines Zivilstandskreises getragen werden müssen, sondern der Gemeinde auferlegt werden, in der das fehlerhafte Register geführt wurde (Abs. 2). Die Höhe der Entschädigung wird in der Verordnung geregelt.

*Art. 20c IV. Aufsichtsbehörde*

Dieser Artikel entspricht grundsätzlich dem bisherigen Art. 11 VV ZStV, wobei die Zuständigkeiten übersichtlicher aufgelistet werden.

Zu Abs. 2 regt das Kantonsgericht im Interesse der Rechtssicherheit an, das für die Aufsicht zuständige Amt namentlich zu bezeichnen. Aus Gründen der Flexibilität soll von solchen Präzisierungen im Gesetz abgesehen werden.

*Art. 20d V. Rechtsmittel*

Diese Bestimmung übernimmt im Wesentlichen den bisherigen Art. 14 VV ZStV.

*Art. 21 Abs. 3 I. Aufsichtsbehörden*

Diese rein formelle Änderung wird notwendig mit der Ablösung der Verordnung über die berufliche Vorsorge durch das Gesetz über die berufliche Vorsorge.

## **2. Einführungsgesetz zum Schweizerischen Obligationenrecht (EG zum OR; BR 210.200)**

Anlass zum Erlass eines EG zum OR bildet die Änderung bzw. Aufhebung der Amtsbezeichnung in Art. 11a der bisherigen GAV zum OR. Gestützt darauf ist die ganze Vollziehungsverordnung auf Gesetzesstufe zu stellen und die bisherige Vollziehungsverordnung aufzuheben.

Inhaltlich werden zwei Änderungen vorgenommen. Die eine betrifft die Streichung des im bisherigen Art. 1 enthaltenen Gleichstellungsgrundsatzes der Geschlechter. Statt dessen wurden sämtliche personenbezogenen Bezeichnungen in die Form beider Geschlechter überführt. Dies hat u.a. auch eine Änderung der Nummerierung zur Folge.

Die zweite Änderung enthält Art. 11 (bisheriger Art. 11a), wonach das für die Erteilung von Bewilligungen zur berufsmässigen internationalen Partnerschaftsvermittlung zuständige Amt nicht mehr namentlich erwähnt wird. Zuständig soll wie bisher dasjenige Amt sein, in dessen Aufgabenbereich die Einbürgerungen fallen, weil es sich in beiden Fällen um Funktionen mit Auslandsberührung handelt.

### **3. Gesetz über die berufliche Vorsorge (BR 543.100)**

Auch der Erlass dieses Gesetzes ist eine Folge der eingangs erwähnten Reorganisation des AZR. Konkret begründet wird die Änderung durch die Anpassung von Art. 1 Abs. 2 der bisherigen Vollziehungsverordnung über die berufliche Vorsorge.

Aufsichtsbehörde ist das von der Regierung bezeichnete Departement. Vorgesehen ist neu das FMD. Die Bezeichnung kann in der regierungsrätlichen Verordnung erfolgen. Seine Aufsichtstätigkeit nimmt das FMD durch die Finanzverwaltung wahr. Entscheide des Amtes können gestützt auf Art. 15 des Gesetzes über das Verfahren in Verwaltungs- und Verfassungssachen (VVG; BR 370.500) an das FMD weitergezogen werden. Gegen Entscheide des Departements ist die Beschwerde gemäss Art. 74 des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG; SR 831.40) an die unabhängige Beschwerdekommision möglich.

Art. 2 Abs. 1, bisher Art. 3 der Verordnung, beauftragt die Regierung die Details zur Aufsicht in einer Verordnung (Verordnung betreffend die Aufsicht über die Stiftungen; BR 219.100) zu regeln. Diese Verordnung wurde von der Regierung am 24. Juni 2003 total revidiert und ist auch auf Vorsorgeeinrichtungen anwendbar. In Abs. 2 werden zudem die Grundlagen für die Erhebung von Gebühren umschrieben. Die Detailregelungen sind im Gebührentarif der Regierung für die Aufsicht über die Stiftungen und die berufliche Vorsorge (BR 219.110) enthalten. Im Übrigen enthält die Vorlage keine Änderung des bisherigen Rechts. Die bisherige Vollziehungsverordnung über die berufliche Vorsorge ist zufolge ihrer Überführung auf Gesetzesstufe aufzuheben.

### **III. Personelle und finanzielle Auswirkungen**

In der Botschaft der Regierung zur Struktur- und Leistungsüberprüfung zur Sanierung des Kantonshaushalts sind keine finanziellen Vorgaben zur Reorganisation des AZR (Massnahme F 209 sowie am Rande A 06) enthalten. Durch die Reorganisationsmassnahmen sind nach deren vollständigen Umsetzung jedoch jährliche Entlastungen zu erwarten.

Durch die Zusammenlegung dürften einmalige Ausgaben wegen der Änderung des Namens, des Erscheinungsbildes, der Druckvorlagen, Kuverts, Beschriftungen, Tafeln u.ä. sowie der Anpassung der Homepage und dem Umzug der Stiftungsaufsicht von schätzungsweise rund Fr. 20'000.– bis Fr. 30'000.– anfallen.

Der Zusammenschluss der beiden Ämter AZR und AfP auf den 1. Januar 2005 fällt nahezu mit dem altersbedingten Rücktritt des Amtsvorstehers des

AZR zusammen. Es besteht die Absicht, diese Stelle nicht mehr vollständig zu besetzen und – nach Möglichkeit – mittelfristig sogar gänzlich aufzuheben. Dies hängt jedoch weitgehend damit zusammen, ob die übertragenen Aufgaben mit dem jetzigen Personalbestand erfüllt werden können und ob beim FMD für die Stiftungsaufsicht oder beim AfP für die restlichen Aufgaben zusätzliche juristische Unterstützung aufgebaut werden muss. Dies dürfte sich erst in zwei bis drei Jahren zeigen. Einsparungen sind namentlich im Bereich der Vormundschaftsberatung möglich. Das Vormundschaftswesen ist im EG zum ZGB als Aufgabe den Kreisen übertragen. Der Kreisrat wählt dafür eine Vormundschaftsbehörde (Art. 43 Abs. 1 EG zum ZGB). Als erstinstanzliche Aufsichtsbehörden werden die Bezirksgerichtsausschüsse, als zweitinstanzliche Aufsichtsbehörde das Kantonsgericht bezeichnet (Art. 42 EG zum ZGB). Gestützt auf Art. 2 und 3 der regierungsrätlichen Verordnung über die Geschäftsführung und Entschädigung der vormundschaftlichen Organe (BR 215.100) führte das AZR im Auftrag des Kantonsgerichts bis heute periodisch Einführungs- und Weiterbildungskurse durch und beriet die Vormundschaftsbehörden in Fragen der allgemeinen Geschäftsführung sowie bei Bedarf in konkreten Vormundschaftsfällen. Weiter instruierte es neugewählte Vormundschaftspräsidenten, sorgte für die notwendigen und zweckmässigen Formulare und konnte dem Kantonsgericht den Erlass von organisatorischen Weisungen beantragen. Im Rahmen dieser Tätigkeit hat das AZR auch ein Handbuch für die Vormundschaftsbehörden herausgegeben.

Mit diesen Massnahmen konnte die Qualität des Vormundschaftswesens gesteigert werden. Grundsätzlich handelt es sich dabei aber nicht um eine originäre Aufgabe des Departements bzw. des AZR. Anstelle der bisherigen Organisation soll deshalb eine Lösung angestrebt werden, wie sie im Bereich der Aufsicht über das Betreibungs- und Konkurswesen bereits besteht (Art. 11 ff. GVV zum SchKG; BR 220.100). Die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen wird die Regierung im Anschluss an die mit der Botschaft beantragten Rechtsänderungen anpassen. Die Aufsichtstätigkeit soll nur noch vom Kantonsgericht – allenfalls unter Beizug der Bezirksgerichtsausschüsse als erste Aufsichtsbehörden – wahrgenommen werden. Für die Beratungstätigkeit werden die Kreise durch den Vormundschaftsverband – ohne finanzielle Entschädigung durch den Kanton – selbst verantwortlich sein.

Gesamthaft kann deshalb mit Einsparungen von ca. 30 Stellenprozenten gerechnet werden.

Weitere jährliche Einsparungen, deren Umfang sich im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht beziffern lassen, können im Sekretariatsbereich erzielt werden.

## IV. Übereinstimmung mit dem Projekt «VFRR»

Die Vorlage entspricht konsequent den Grundsätzen der Verwesentlichung und Flexibilisierung der Rechtssetzung und Rechtsanwendung (VFRR) und bringt dies in Umfang und Formulierung zahlreicher Bestimmungen, bspw. durch das Weglassen der konkreten Bezeichnung der zuständigen Departemente und Dienststellen im Gesetz, zum Ausdruck.

## V. Antrag

Gestützt auf diese Ausführungen beantragen wir Ihnen:

1. auf die Vorlage einzutreten;
2. der Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EG zum ZGB) zuzustimmen;
3. die Vollziehungsverordnung über das Zivilstandswesen vom 29. Januar 2002 auf den Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens der Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch aufzuheben;
4. dem Erlass des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Obligationenrecht gemäss beiliegendem Entwurf zuzustimmen;
5. die Vollziehungsverordnung zum Schweizerischen Obligationenrecht vom 1. Dezember 1993 auf den Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Obligationenrecht aufzuheben;
6. dem Erlass des Gesetzes über die berufliche Vorsorge gemäss beiliegendem Entwurf zuzustimmen;
7. die Vollziehungsverordnung über die berufliche Vorsorge vom 25. Juni 1982 auf den Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens des Gesetzes über die berufliche Vorsorge aufzuheben.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Landespräsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Regierung

Der Präsident: *i. V. Widmer-Schlumpf*

Der Kanzleidirektor: *Riesen*

## Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch

Änderung vom ...

---

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung,  
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 29. Juni 2004,

beschliesst:

### I.

Das Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch vom 12. Juni 1994 wird wie folgt geändert:

#### Art. 13

**Der Gemeindepräsident ist zuständig für:**

1. **Art. 720, 720a, Entgegennahme der Anzeigen von Sach- und Tierfunden; er teilt Tierfunde der kantonalen Meldestelle mit;**
2. **Art. 721, Anordnung zur Versteigerung;**
3. **Art. 38 ZStV, Entgegennahme der Mitteilung über die Auffindung eines Findelkindes; er gibt dem Kind den Familien- und Vornamen und erstattet Anzeige an das Zivilstandsamt.**

#### Art. 14 Abs. 5 und 6

<sup>5</sup> **Der Gemeindevorstand oder die von ihm bestimmte Amtsstelle nimmt die Meldung über Todesfälle von am Wohnort verstorbenen Personen entgegen und teilt sie unverzüglich dem zuständigen Zivilstandsamt mit.**

<sup>6</sup> **Der Gemeindevorstand oder die von ihm bestimmte Amtsstelle am letzten Wohnsitz einer Person bringt die ihr mitgeteilten Todesfälle unverzüglich dem Kreispräsidenten und der kantonalen Steuerverwaltung zur Kenntnis.**

#### Art. 20

<sup>1</sup> **Die Zivilstandskreise umfassen das Gebiet eines oder mehrerer Kreise oder Teile davon und werden von der Regierung im Rahmen**

I. Zivilstandskreise, -ämter



des Bundesrechts und nach Anhörung der beteiligten Kreise festgelegt.

<sup>2</sup> Die Regierung bezeichnet nach Anhörung der beteiligten Kreise Sitz und Name der Zivilstandsämter.

<sup>3</sup> Sie richtet ein der Aufsichtsbehörde unterstelltes kantonales Sonderzivilstandsamt ein und regelt dessen Zuständigkeit.

#### Art. 20a

II. Zivilstandsbeamte

<sup>1</sup> Der Kreisrat ernennt nach vorgängiger Genehmigung durch die kantonale Aufsichtsbehörde die nötige Anzahl Zivilstandsbeamte, bezeichnet den Leiter des Amtes und regelt die Stellvertretung.

<sup>2</sup> Erstreckt sich ein Zivilstandskreis über das Gebiet mehrerer politischer Kreise, einigen sich diese über das Wahlorgan und das Wahlverfahren.

<sup>3</sup> Wählbar sind Personen, welche die Voraussetzungen des Bundesrechts erfüllen und zur selbstständigen Amtsausübung befähigt erscheinen.

#### Art. 20b

III. Kosten

<sup>1</sup> Die Gemeinden tragen die Kosten für die Einrichtung und den Betrieb des Zivilstandsamtes im Verhältnis zur Einwohnerzahl, sofern sie keine andere Regelung treffen. Als Betriebskosten gelten auch die Kosten für die Benützung der eidgenössischen Zivilstandsdatenbank.

<sup>2</sup> Der Zeitaufwand für die Überführung grob fehlerhafter Registereintragungen in das informatisierte Landesregister ist von der Gemeinde des früheren Zivilstandsamtes zu entschädigen.

#### Art. 20c

IV. Aufsichtsbehörde

<sup>1</sup> Das Departement entscheidet als Aufsichtsbehörde über:

1. Art. 47, Disziplinar massnahmen;
2. Art. 87 Abs. 1 ZStV, Anordnung von Inspektionen;
3. Art. 88 Abs. 1 ZStV, Einschreiten gegen vorschriftswidrige Amtsführung;
4. Art. 89 ZStV, Entlassung oder Nichtwiederwahl eines Zivilstandsbeamten;
5. Art. 92 Abs. 1 ZStV, Beschwerden gegen Verfügungen der Zivilstandsbeamten;
6. Art. 93 ZStV, Bestrafung von Verstössen gegen die Meldepflicht.

<sup>2</sup> Die übrigen aufsichtsrechtlichen Befugnisse obliegen dem Amt.

**Art. 20d**

<sup>1</sup> **Gegen Entscheide und Verfügungen des Amtes kann beim Departement Beschwerde geführt werden.** V. Rechtsmittel

<sup>2</sup> **Entscheide und Verfügungen des Departementes können mit Berufung gemäss Artikel 64 an das Kantonsgericht weitergezogen werden.**

**Art. 21 Abs. 3**

<sup>3</sup> Die Aufsicht über die Personalfürsorgestiftungen (Art. 89bis) richtet sich nach **dem Gesetz** über die berufliche Vorsorge.

**Art. 163**

10. Steuergesetz des Kantons Graubünden vom 8. Juni 1986  
Art. 123 Abs. 3

**Der Gemeindevorstand oder die von ihm bestimmte Amtsstelle am letzten Wohnsitz einer Person bringt die ihr mitgeteilten Todesfälle unverzüglich der kantonalen Steuerverwaltung zur Kenntnis.**

**II.**

Diese Teilrevision untersteht dem fakultativen Referendum.

Die Regierung bestimmt das In-Kraft-Treten dieser Teilrevision.



## Vollziehungsverordnung über das Zivilstandswesen

Aufhebung vom ...

---

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 32 der Kantonsverfassung,  
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 29. Juni 2004,

beschliesst:

### **I.**

Die Vollziehungsverordnung über das Zivilstandswesen vom 29. Januar 2002 wird aufgehoben.

### **II.**

Diese Aufhebung tritt zusammen mit der Revision des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch in Kraft.



# Einführungsgesetz zum Schweizerischen Obligationenrecht

vom ...

---

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung,  
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 29. Juni 2004,

beschliesst:

## I. Allgemeine Bestimmungen

### Art. 1

Die Bezirksgerichtspräsidentin oder der Bezirksgerichtspräsident entscheidet im Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit in folgenden Fällen des Obligationenrechts:

Freiwillige  
Gerichtsbarkeit  
1. Zuständigkeit

1. Art. 83 Abs. 2, Fristansetzung zur Sicherheitsleistung;
2. Art. 92, Bestimmung des Hinterlegungsortes der geschuldeten Sache;
3. Art. 93, Bewilligung zum Verkauf der geschuldeten Sache und zur Hinterlegung des Erlöses;
4. Art. 98 Abs. 3, Ermächtigung an die Gläubigerin oder den Gläubiger zur Ersatzvornahme;
5. Art. 107 Abs. 1, Fristansetzung bei Verzug der Schuldnerin oder des Schuldners;
6. Art. 168, Hinterlegung bei Abtretung;
7. Art. 175 Abs. 3, Sicherheitsleistung bei der Schuldübernahme;
8. Art. 202 Abs. 1, Vorverfahren bei Gewährleistung im Viehhandel;
9. Art. 204 Abs. 2 und 3, Feststellung des Tatbestandes und Anordnung des Verkaufs bei Bemängelung übersandter Sachen;
10. Art. 226k, Art. 228, Stundung beim Abzahlungs- und Vorauszahlungsvertrag;

11. Art. 322a Abs. 2, Art. 322c Abs. 2, Bezeichnung des Sachverständigen zur Nachprüfung des Geschäftsergebnisses oder der Provisionsabrechnung;
12. Art. 330 Abs. 3, Hinterlegung der Kautions;
13. Art. 337a, Sicherheitsleistung bei Lohngefährdung;
14. Art. 366 Abs. 2, Fristansetzung zur Abhilfe beim Werkvertrag;
15. Art. 367 Abs. 2, Ernennung von Sachverständigen und Beurkundung des Befundes über das abgelieferte Werk;
16. Art. 383 Abs. 3, Fristansetzung zur Herstellung einer neuen Auflage;
17. Art. 392 Abs. 2, Bewilligung zur Fortsetzung des Vertragsverhältnisses;
18. Art. 427 Abs. 1 und 3, Feststellung des Tatbestandes und Anordnung des Verkaufs von Kommissionsgütern;
19. Art. 435, Anordnung der Versteigerung vom Kommissionsgütern;
20. Art. 444 Abs. 2, Art. 445, Art. 451 und 453, Feststellung des Tatbestandes, Anordnung des Verkaufs von Frachtgütern, amtliche Hinterlegung;
21. Art. 496 Abs. 2, Belangung der Solidarbürgin oder des Solidarbürgen bei fehlender Deckung;
22. Art. 501 Abs. 2, Einstellung der Betreibung gegen die Bürgin oder den Bürgen;
23. Art. 565 Abs. 2, Art. 603, Art. 767, Art. 814 Abs. 2, vorläufiger Entzug der Vertretungsbefugnis;
24. Art. 583 Abs. 2, Art. 619 Abs. 1, Art. 740 Abs. 3, Art. 741 Abs. 2, Art. 770, Art. 823, Art. 913, Bestellung und Abberufung der Liquidatorinnen oder Liquidatoren;
25. Art. 585 Abs. 3, Art. 619 Abs. 1, Entscheid bei Widerspruch einer Gesellschafterin oder eines Gesellschafters;
26. Art. 600 Abs. 3, Bestellung der oder des Sachverständigen;
27. Art. 697 Abs. 4, Art. 819 Abs. 2, Art. 857 Abs. 3; Art. 22 des Bundesgesetzes über die Anlagefonds 5, Anordnung von Auskunft und Einsicht;
28. Art. 697a–g, Sonderprüfung;
29. Art. 697h, Offenlegung;
30. Art. 699 Abs. 4, Art. 809 Abs. 3, Art. 881 Abs. 3, Einberufung der General- beziehungsweise Gesellschafterversammlung;
31. Art. 706a Abs. 2, Art. 808 Abs. 6, Art. 891 Abs. 1, Bestimmung einer Vertreterin oder eines Vertreters bei Anfechtung von Generalversammlungsbeschlüssen durch die Verwaltung;
32. Art. 727f, Einsetzung der Revisionsstelle;

33. Art. 744, Art. 770, Art. 823, Art. 913, Hinterlegung von Forderungsbeträgen bei der Liquidation;
34. Art. 770, Art. 823, Art. 913, Bewilligung zur Verteilung des Gesellschaftsvermögens vor Ablauf eines Jahres bei der Liquidation;
35. Art. 890 Abs. 2, Abberufung und Neuwahl der Verwaltung und der Kontrollstelle;
36. Art. 971, Art. 977, Art. 981 bis 987; Art. 1072 bis 1080, Art. 1098, Art. 1143 Ziff. 19; Art. 13 des Bundesgesetzes über den Versicherungsvertrag, Kraftloserklärung von Wertpapieren;
37. Art. 1032, Hinterlegung der Wechselsumme;
38. Art. 1162 Abs. 3 und 4, Annullierung der Vollmacht und Erlass der erforderlichen Massnahmen;
39. Art. 1165 Abs. 3, Ermächtigung zur Einberufung einer Gläubigerversammlung.

#### **Art. 2**

Für die freiwillige Gerichtsbarkeit gelten die Vorschriften des summarischen Verfahrens (Art. 137 ff. ZPO) sinngemäss, wobei der Richter eine Hauptverhandlung und das persönliche Erscheinen der Parteien anordnen kann. 2. Verfahren

#### **Art. 3**

Die Entscheide der Bezirksgerichtspräsidentin oder des Bezirksgerichtspräsidenten können mit Rekurs gemäss Artikel 12 des Einführungsgesetzes zum Zivilgesetzbuch (EG zum ZGB) angefochten werden. 3. Rechtsmittel

#### **Art. 4**

<sup>1</sup> Die durch das Obligationenrecht vorgesehenen Veröffentlichungen, öffentlichen Bekanntmachungen, Aufforderungen und Auskündungen erfolgen, wo durch Gesetz oder grossrätliche Verordnung nichts anderes vorgeschrieben ist, im Amtsblatt des Kantons Graubünden. Veröffentlichungen

<sup>2</sup> Die Befugnis der zuständigen Behörde zu anderen geeigneten Veröffentlichungen sowie die im Obligationenrecht vorgeschriebenen Publikationen im Schweizerischen Handelsamtsblatt bleiben vorbehalten.

## **II. Besondere Bestimmungen**

#### **Art. 5**

<sup>1</sup> Zur Leitung des Vorverfahrens ist die Bezirksgerichtspräsidentin oder der Bezirksgerichtspräsident zuständig, in deren oder dessen Amtskreis das Tier sich befindet. Gewährleistung im Viehhandel



<sup>2</sup> Im übrigen richtet sich das Verfahren nach den Vorschriften des Bundes und der kantonalen Zivilprozessordnung.

### Art. 6

Öffentliche  
Versteigerung

<sup>1</sup> Für das Verfahren bei der öffentlichen Versteigerung sind die Bestimmungen der Artikel 144 ff. EG zum ZGB massgebend.

<sup>2</sup> Die Versteigerung kann im Sinne von Artikel 230 Absatz 1 innert zehn Tagen bei der Kantonsgerichtspräsidentin oder dem Kantonsgerichtspräsidenten angefochten werden. Das Verfahren richtet sich nach Artikel 12 EG zum ZGB.

<sup>3</sup> Das Kreisamt ist zuständig, den Zuschlag bei der Versteigerung eines Grundstückes der Grundbuchverwalterin oder dem Grundbuchverwalter mitzuteilen (Art. 235 Abs. 2).

### Art. 7

Schenkung

Zuständige Behörde zur Klage auf Vollziehung einer im öffentlichen Interesse liegenden Auflage bei der Schenkung nach dem Tode des Schenkers (Art. 246 Abs. 2) ist:

1. der Gemeindevorstand, wenn die Auflage im öffentlichen Interesse der Gemeinde liegt;
2. der Kreisrat, wenn die Auflage im öffentlichen Interesse des Kreises liegt;
3. die Regierung, wenn die Auflage im öffentlichen Interesse mehrerer Gemeinden, mehrerer Kreise oder des Kantons liegt.

### Art. 8

Miete und Pacht

Zuständigkeit und Verfahren richten sich nach den Vorschriften des Bundes und den besonderen Bestimmungen des kantonalen Rechtes.

### Art. 9

Gesamtarbeits-  
vertrag

Für die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen und deren Aufhebung ist vorbehältlich des Bundesrechtes die Regierung zuständig.

### Art. 10

Normalarbeits-  
vertrag

Zuständige Behörde im Sinne der Artikel 359 ff. ist die Regierung.

### Art. 11

Ehe- und Partner-  
schaftsvermittlung

Das für Einbürgerungen zuständige Amt erteilt die Bewilligung zur berufsmässigen Ehe- und Partnerschaftsvermittlung im Sinne von Artikel 406c und übt die Aufsicht aus.

**Art. 12**

<sup>1</sup> Die Regierung erteilt die Bewilligung zur Ausgabe von Wertpapieren im Sinne von Artikel 482 Absatz 1. Lagergeschäft

<sup>2</sup> Sie ist auch zuständig, Ordnungsbussen im Sinne von Artikel 1155 Absatz 2 zu verhängen.

**Art. 13**

Für Lotterie- und Ausspielgeschäfte (Art. 515) sind die in den besonderen Bestimmungen des kantonalen Rechtes bezeichneten Behörden zuständig. Spiel und Wette

**Art. 14**

Zur Anerkennung einer Pfrundanstalt sowie zur Genehmigung der für den Verpfändungsvertrag aufgestellten Bedingungen und der Hausordnung der Pfrundanstalt im Sinne der Artikel 522 und 524 ist die Regierung zuständig. Verpfändung

**III. Schlussbestimmungen**

**Art. 15**

<sup>1</sup> Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

<sup>2</sup> Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens dieses Gesetzes.

Referendum,  
In-Kraft-Treten



## **Vollziehungsverordnung zum Schweizerischen Obligationenrecht**

Aufhebung vom ...

---

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 32 der Kantonsverfassung,  
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 29. Juni 2004,

beschliesst:

### **I.**

Die Vollziehungsverordnung zum Schweizerischen Obligationenrecht vom 1. Dezember 1993 wird aufgehoben.

### **II.**

Diese Aufhebung tritt zusammen mit dem Erlass des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Obligationenrecht in Kraft.



## Gesetz über die berufliche Vorsorge

vom ...

---

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 31 der Kantonsverfassung,  
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 29. Juni 2004,

beschliesst:

### Art. 1

<sup>1</sup> Das von der Regierung bezeichnete Departement ist Aufsichtsbehörde über die Vorsorgeeinrichtungen, die von Bundesrechts wegen (Art. 61 Abs. 1 BVG und Art. 89bis Abs. 6 ZGB) der kantonalen Aufsicht unterliegen. Aufsicht  
1. Zuständigkeit

<sup>2</sup> Es nimmt die im BVG, seinen Ausführungsbestimmungen und im ZGB der Aufsichtsbehörde zugewiesenen Befugnisse durch das Amt wahr.

<sup>3</sup> Das Amt führt das Register über die berufliche Vorsorge.

### Art. 2

<sup>1</sup> Die Regierung erlässt eine Verordnung zur Aufsicht über die Stiftungen. 2. Verfahren und  
Gebühren

<sup>2</sup> Sie setzt die Gebühren für Amtshandlungen, Prüfungen und Verfügungen fest, die durch die Stiftungsaufsicht erbracht oder angeordnet werden. Sie betragen im Einzelfall maximal 20'000 Franken, bemessen sich nach Aufwand und Schwierigkeit der Sache und sind von den Leistungsempfängerinnen oder Leistungsempfängern oder den Betroffenen zu tragen.

### Art. 3

<sup>1</sup> Das Verwaltungsgericht beurteilt als einzige Instanz Streitigkeiten zwischen Vorsorgeeinrichtungen, Arbeitgebern und Anspruchsberechtigten. Rechtspflege

<sup>2</sup> Auf das Verfahren finden Artikel 10 und 11 der Verordnung über das Verfahren in Sozialversicherungstreitsachen entsprechende Anwendung.

**Art. 4**

Referendum,  
In-Kraft-Treten

<sup>1</sup> Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

<sup>2</sup> Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens dieses Gesetzes.

## **Vollziehungsverordnung über die berufliche Vorsorge**

Aufhebung vom ...

---

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 32 der Kantonsverfassung,  
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 29. Juni 2004,

beschliesst:

### **I.**

Die Vollziehungsverordnung über die berufliche Vorsorge vom 1. Dezember 1993 wird aufgehoben.

### **II.**

Diese Aufhebung tritt zusammen mit dem Erlass des Gesetzes über die berufliche Vorsorge in Kraft.





## Legge d'introduzione al Codice civile svizzero

Modifica del ...

---

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 31 della Costituzione cantonale,  
visto il messaggio del Governo del 29 giugno 2004,

decide:

**I.**

La legge d'introduzione al Codice civile svizzero del 12 giugno 1994 viene modificata come segue:

**Art. 13**

**Il presidente comunale è competente per:**

1. art. 720, la ricezione di notifiche di ritrovamento;
2. art. 721, l'ordine di incanto pubblico;
3. art. 38 OSC, la ricezione di notifiche sul rinvenimento di un trovato; egli impone al bambino un cognome e i nomi e fa la notifica all'Ufficio di stato civile.

**Art. 14 cpv. 5 e 6**

<sup>5</sup> La sovrastanza comunale o l'ufficio da essa designato riceve le notifiche relative ai decessi di persone nel loro luogo di domicilio e le comunica immediatamente al competente Ufficio di stato civile.

<sup>6</sup> La sovrastanza comunale o l'ufficio da essa designato dell'ultimo luogo di domicilio di una persona, porta la o il Presidente di Circolo e l'Amministrazione cantonale delle imposte immediatamente a conoscenza dei decessi ad essa comunicati.

**Art. 20**

<sup>1</sup> I circondari di stato civile comprendono il territorio di uno o più circoli o parti di essi e vengono determinati dal Governo nell'ambito del diritto federale e dopo aver udito i circoli interessati.

I. Circondari e  
uffici di stato  
civile

<sup>2</sup> Il Governo definisce, dopo aver udito i circoli interessati, la sede e il nome degli uffici di stato civile.

<sup>3</sup> Esso istituisce un ufficio cantonale speciale di stato civile subordinato all'autorità di vigilanza e ne disciplina le competenze.

**Art. 20a**

II. Ufficiale di stato civile

<sup>1</sup> Il consiglio di circolo nomina, previa approvazione da parte dell'autorità cantonale di vigilanza, il numero necessario di ufficiali di stato civile, designa il capo dell'ufficio e ne disciplina la supplenza.

<sup>2</sup> Se un circondario di stato civile si estende al territorio di più circoli politici, questi si accordano sull'autorità di nomina e sulla procedura di nomina.

<sup>3</sup> Sono eleggibili le persone che soddisfano i requisiti del diritto federale e che sembrano abili all'esercizio autonomo della funzione.

**Art. 20b**

III. Spese

<sup>1</sup> I comuni si assumono le spese per l'istituzione e la gestione dell'ufficio di stato civile in proporzione al numero degli abitanti, nella misura in cui non adottino una regolamentazione diversa. Sono considerati costi d'esercizio anche i costi per l'utilizzo della banca dati federale dello stato civile.

<sup>2</sup> L'onere di tempo necessario al trasferimento nel registro di stato civile informatizzato di iscrizioni a registro grossolanamente errate, deve essere indennizzato dal comune del precedente ufficio di stato civile.

**Art. 20c**

IV. Autorità di vigilanza

<sup>1</sup> Quale autorità di vigilanza il Dipartimento decide in merito a:

1. art. 47, misure disciplinari;
2. art. 87 cpv. 1 OSC, disposizione di ispezioni;
3. art. 88 cpv. 1 OSC, interventi contro la gestione irregolare dell'ufficio;
4. art. 89 OSC, destituzione o mancata rielezione di un ufficiale di stato civile;
5. art. 92 cpv. 1 OSC, ricorsi contro decisioni dell'ufficiale di stato civile;
6. art. 93 OSC, pena per violazioni all'obbligo di notifica.

<sup>2</sup> Le rimanenti competenze di vigilanza competono all'ufficio.

**Art. 20d**

V. Rimedi giuridici

<sup>1</sup> Contro le decisioni dell'Ufficio può essere presentato ricorso al Dipartimento.

<sup>2</sup> Le decisioni del Dipartimento possono essere impugnate con appello giusta l'articolo 64 dinanzi al Tribunale cantonale.

**Art. 21 cpv. 3**

<sup>3</sup> La vigilanza sulle fondazioni di previdenza a favore del personale (art. 89bis) si conforma **alla legge** sulla previdenza professionale

**Art. 163**

10. Legge sulle imposte per il Cantone dei Grigioni dell'8 giugno 1986

Art. 123 cpv.3

**<sup>6</sup> La sovranza comunale o l'ufficio da essa designato dell'ultimo luogo di domicilio di una persona, porta l'Amministrazione cantonale delle imposte immediatamente a conoscenza dei decessi ad essa comunicati.**

**II.**

La presente revisione parziale è soggetta a referendum facoltativo.

Il Governo fissa l'entrata in vigore della presente revisione parziale.



## **Ordinanza d'esecuzione sullo stato civile**

Abrogazione del ...

---

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 32 della Costituzione cantonale,  
visto il messaggio del Governo del 29 giugno 2004,

decide:

### **I.**

Viene abrogata l'ordinanza d'esecuzione sullo stato civile del 29 gennaio 2002.

### **II.**

La presente abrogazione entra in vigore con la revisione della legge d'introduzione al Codice civile svizzero.



## Legge d'introduzione al Codice svizzero delle obbligazioni

del ...

---

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 31 della Costituzione cantonale,  
visto il messaggio del Governo del 29 giugno 2004,

decide:

### I. Disposizioni generali

#### Art. 1

La o il presidente del tribunale distrettuale decide nella procedura di giurisdizione volontaria nei seguenti casi del Codice delle obbligazioni:

Giurisdizione  
volontaria  
1. Competenza

1. art. 83 cpv. 2, fissazione del termine per la prestazione di garanzia;
2. art. 92, designazione del luogo del deposito della cosa dovuta;
3. art. 93, autorizzazione alla vendita della cosa dovuta e al deposito del prezzo;
4. art. 98 cpv. 3, autorizzazione alla creditrice o al creditore all'esecuzione sostitutiva;
5. art. 107 cpv. 1, fissazione del termine in caso di mora della debitrice o del debitore;
6. art. 168, deposito in caso di cessione;
7. art. 175 cpv. 3, prestazione di garanzia in caso di assunzione del debito;
8. art. 202 cpv. 1, procedura preliminare in caso di garanzia nel commercio del bestiame;
9. art. 204 cpv. 2 e 3, verifica dello stato e ordine di vendita in caso di difetti di oggetti venduti a distanza;
10. art. 226k, art. 228, dilazione nel contratto di vendita a pagamento rateale e di vendita a rate anticipate;



11. art. 322a cpv. 2, art. 322c cpv. 2, designazione del perito per il controllo del risultato dell'esercizio o del conteggio delle provvigioni;
12. art. 330 cpv. 3, deposito della cauzione;
13. art. 337a, prestazione di garanzia in caso di insolvenza del datore di lavoro;
14. art. 366 cpv. 2, fissazione del termine per porre rimedio nel contratto d'appalto;
15. art. 367 cpv. 2, nomina di periti e dichiarazione di collaudo sull'opera consegnata;
16. art. 383 cpv. 3, fissazione del termine per la pubblicazione di una nuova edizione;
17. art. 392 cpv. 2, autorizzazione alla continuazione del rapporto contrattuale;
18. art. 427 cpv. 1 e 3, verifica dello stato e ordine di vendita in caso di merce spedita al commissionario;
19. art. 435, ordine di vendita all'incanto della merce;
20. art. 444 cpv. 2, art. 445, art. 451 e 453, verifica dello stato, ordine di vendita di merci, deposito ufficiale;
21. art. 496 cpv. 2, persecuzione del fideiussore solidale in caso di assenza di copertura;
22. art. 501 cpv. 2 sospensione degli atti esecutivi contro il fideiussore;
23. art. 565 cpv. 2, art. 603, art. 767, art. 814 cpv. 2, revoca provvisoria della facoltà di rappresentanza;
24. art. 583 cpv. 2, art. 619 cpv. 1, art. 740 cpv. 3, art. 741 cpv. 2, art. 770, art. 823, art. 913, nomina e revoca di liquidatrici o liquidatori;
25. Art. 585 cpv. 3, art. 619 cpv. 1, decisione in caso di opposizione di una socia o di un socio;
26. art. 600 cpv. 3, designazione del perito;
27. art. 697 cpv. 4, art. 819 cpv. 2, art. 857 cpv. 3; art. 22 della legge federale sui fondi d'investimento 5, ordine di raggugli e consultazione;
28. art. 697a–g, verifica speciale;
29. art. 697h, pubblicazione;
30. art. 699 cpv. 4, art. 809 cpv. 3, art. 881 cpv. 3, convocazione dell'assemblea generale rispettivamente dell'assemblea dei soci;
31. art. 706a cpv. 2, art. 808 cpv. 6, art. 891 cpv. 1, designazione di una o di un rappresentante in caso di impugnazione da parte dell'amministrazione di deliberazioni dell'assemblea generale;
32. art. 727f, designazione dell'ufficio di revisione;

33. art. 744, art. 770, art. 823, art. 913, deposito dell'ammontare del credito all'atto della liquidazione;
34. art. 770, art. 823, art. 913, autorizzazione alla ripartizione del patrimonio sociale prima del termine di un anno dalla liquidazione;
35. art. 890 cpv. 2, revoca e rielezione dell'amministrazione e dell'ufficio di revisione;
36. art. 971, art. 977, art. 981 fino a 987; art. 1072 fino a 1080, art. 1098, art. 1143 n. 19; art. 13 della legge federale sul contratto d'assicurazione, ammortamento delle cartevalori;
37. art. 1032, deposito dell'importo della cambiale;
38. art. 1162 cpv. 3 e 4, annullamento della procura ed emanazione delle misure necessarie;
39. art. 1165 cpv. 3, autorizzazione a convocare un'assemblea degli obbligazionisti.

#### **Art. 2**

Per la giurisdizione volontaria fanno stato per analogia le prescrizioni della procedura sommaria (art. 137 e segg. CPC); il giudice può ordinare un dibattimento principale e la comparizione delle parti.

2. Procedura

#### **Art. 3**

Le decisioni della o del presidente del tribunale distrettuale possono essere impugnate tramite ricorso giusta l'articolo 12 della legge d'introduzione al Codice civile svizzero.

3. Rimedi giuridici

#### **Art. 4**

<sup>1</sup> Pubblicazioni, pubblici avvisi, pubbliche diffide e proposte previste dal Codice delle obbligazioni avvengono sul Foglio ufficiale del Cantone dei Grigioni, laddove una legge o un'ordinanza del Gran Consiglio non dispongano altrimenti.

Pubblicazioni

<sup>2</sup> Sono fatte salve la competenza dell'autorità per altre pubblicazioni adeguate e la pubblicazione nel Foglio ufficiale svizzero di commercio prescritta dal Codice delle obbligazioni.

## **II. Disposizioni particolari**

#### **Art. 5**

<sup>1</sup> La o il presidente del tribunale distrettuale nella cui giurisdizione si trova l'animale, è competente per la conduzione della procedura preliminare.

Garanzia nel commercio del bestiame

<sup>2</sup> Per il resto la procedura si conforma alle prescrizioni della Confederazione e del Codice di procedura civile cantonale.

#### Art. 6

Incanto pubblico

<sup>1</sup> Per la procedura in caso di incanto pubblico sono determinanti le disposizioni dell'articolo 144 e segg. LICC.

<sup>2</sup> Ai sensi dell'articolo 230 capoverso 1, l'incanto può venire impugnato entro dieci giorni presso la o il presidente del tribunale cantonale. La procedura si conforma all'articolo 12 LICC.

<sup>3</sup> L'Ufficio di circolo è competente per la comunicazione all'ufficiale del registro fondiario dell'aggiudicazione dell'incanto di un fondo (art. 235 cpv. 2).

#### Art. 7

Donazione

È autorità competente per l'adempimento di un onere di interesse pubblico in caso di donazione dopo la morte del donatore (art. 246 cpv. 2):

1. la sovrastanza comunale, se l'onere è di interesse pubblico del comune;
2. il consiglio di circolo, se l'onere è di interesse pubblico del circolo;
3. il Governo, se l'onere è nell'interesse di più comuni, di più circoli o del Cantone.

#### Art. 8

Locazione e affitto

Competenza e procedura si conformano alle prescrizioni della Confederazione e alle disposizioni particolari del diritto cantonale.

#### Art. 9

Contratto collettivo di lavoro

Per la dichiarazione del carattere vincolante generale di contratti collettivi di lavoro e per la loro abrogazione è competente il Governo, fatto salvo il diritto federale.

#### Art. 10

Contratto normale di lavoro

L'autorità competente ai sensi dell'articolo 359 e segg. è il Governo.

#### Art. 11

Mediazione matrimoniale e di ricerca di partner

L'ufficio competente per le naturalizzazioni rilascia l'autorizzazione per l'esercizio a titolo professionale della mediazione matrimoniale e di ricerca di partner ai sensi dell'articolo 406c ed esercita la vigilanza.

#### Art. 12

Magazzini di deposito

<sup>1</sup> Il Governo rilascia l'autorizzazione per l'emissione di cartevalori ai sensi dell'articolo 482 capoverso 1.

<sup>2</sup> Esso è anche competente per comminare ammende ai sensi dell'articolo 1155 capoverso 2.

**Art. 13**

Per lotterie ed estrazioni a sorte (art. 515) sono competenti le autorità designate nelle disposizioni particolari del diritto cantonale.

Gioco e scommesse

**Art. 14**

Il Governo è competente per il riconoscimento di un istituto di vitalizio, nonché per l'approvazione delle condizioni poste per il contratto di vitalizio e del regolamento interno dell'istituto di vitalizio ai sensi degli articoli 522 e 524.

Vitalizio

**III. Disposizioni finali**

**Art. 15**

<sup>1</sup> La presente legge è soggetta a referendum facoltativo.

Entrata in vigore

<sup>2</sup> Il Governo stabilisce il momento dell'entrata in vigore della presente legge.



## **Ordinanza d'esecuzione del codice svizzero delle obbligazioni**

Abrogazione del ...

---

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 32 della Costituzione cantonale,  
visto il messaggio del Governo del 29 giugno 2004,

decide:

### **I.**

Viene abrogata l'ordinanza d'esecuzione del codice svizzero delle obbligazioni del 1° dicembre 1993.

### **II.**

La presente abrogazione entra in vigore con l'emanazione della legge d'introduzione al Codice svizzero delle obbligazioni.



## Legge sulla previdenza professionale

del ...

---

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 31 della Costituzione cantonale,  
visto il messaggio del Governo del 29 giugno 2004,

decide:

### Art. 1

<sup>1</sup> Il Dipartimento designato dal Governo è autorità di vigilanza sugli istituti di previdenza sottoposti alla vigilanza cantonale sulla base del diritto federale (art. 61 cpv. 1 LPP e art. 89bis cpv. 6 CC). Vigilanza  
1. Competenza

<sup>2</sup> Esso si assume tramite l'ufficio le competenze attribuite all'autorità di vigilanza dalla LPP, dalle relative disposizioni esecutive e dal CC.

<sup>3</sup> L'ufficio tiene il registro sulla previdenza professionale.

### Art. 2

Il Governo emana un'ordinanza concernente la vigilanza sulle fondazioni. 2. Procedura e  
tasse  
Esso fissa le tariffe per atti ufficiali, verifiche e decisioni che vengono fornite o disposte dalla vigilanza sulla fondazione. Esse ammontano nel singolo caso al massimo a 20'000 franchi, si commisurano al dispendio di tempo e alla difficoltà della pratica e sono a carico di chi beneficia della prestazione o di chi è interessato.

### Art. 3

<sup>1</sup> Il Tribunale amministrativo giudica quale unica istanza controversie tra istituzioni di previdenza, datori di lavoro e aventi diritto. Rimedi giuridici

<sup>2</sup> Alla procedura si applicano per analogia gli articoli 10 e 11 dell'ordinanza sulla procedura nelle controversie delle assicurazioni sociali.



**Art. 4**

Disposizioni  
finali

<sup>1</sup> La presente legge è soggetta a referendum facoltativo.

<sup>2</sup> Il Governo stabilisce il momento dell'entrata in vigore della presente legge.

## **Ordinanza d'esecuzione sulla previdenza professionale**

Abrogazione del ...

---

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 32 della Costituzione cantonale,  
visto il messaggio del Governo del 29 giugno 2004,

decide:

### **I.**

Viene abrogata l'ordinanza d'esecuzione sulla previdenza professionale del 1° dicembre 1993.

### **II.**

La presente abrogazione entra in vigore con l'emanazione della legge sulla previdenza professionale.



## Lescha introductiva tar il cudesch civil svizzer

Midada dals ...

---

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 31 da la constituziun chantunala,  
sunter avair gi' invista da la missiva da la regenza dals 29 da zercladur 2004,

concluda:

**I.**

La lescha introductiva tar il cudesch civil svizzer dals 12 da zercladur 1994 vegn midada sco suonda:

**Art. 13**

**Il president communal è cumpetent per:**

1. retschaiver annunzias da chaussas chattadas tenor l'art. 720;
2. ordinar l'ingiant tenor l'art. 721;
3. retschaiver l'annunzia davart in uffant chattà tenor l'art. 38 OSC; el dat a l'uffant il num da famiglia ed il prenum e fa l'annunzia a l'uffizi da stadi civil.

**Art. 14 al. 5 e 6**

<sup>5</sup> La suprastanza communal u l'uffizi ch'ella ha designà retschaiva l'annunzia davart mortoris da persunas ch'èn mortas en lur lieu da domicil e la communitgescha immediatamain a l'uffizi da stadi civil cumpetent.

<sup>6</sup> La suprastanza communal da l'ultim lieu da domicil d'ina persuna u l'uffizi ch'ella ha designà fa immediatamain a savair ils mortoris ch'en vegnids annunziads ad ella u ad el al president cirquital ed a l'administraziun chantunala da taglia.

**Art. 20**

<sup>1</sup> Ils circuls da stadi civil cumpiglian il territori d'in u da plirs circuls u da parts da quels e vegnan definids da la regenza en il rom dal dretg federal u suenter avair consultà ils circuls partutgads.

I. Circuls da stadi civil, uffizis da stadi civil

<sup>2</sup> La regenza designescha la sedia ed il num dals uffizis da stadi civil suenter avair consultà ils circuls pertutgads.

<sup>3</sup> Ella installescha in uffizi da stadi civil spezial chantunal ch'è suttamess a l'autorità da surveglianza e regla sia cumpetenza.

#### Art. 20a

II. Uffizials da stadi civil

<sup>1</sup> Il cussegl cirquital numna – suenter l'approvaziun precedentata tras l'autorità chantunala da surveglianza – il dumber necessari d'uffizials da stadi civil, designescha il schef da l'uffizi e regla la substituziun.

<sup>2</sup> Sch'in circul da stadi civil cumpiglia il territori da plirs circuls politics, sa cunvegnan quels davart l'organ electoral e davart la procedura electorala.

<sup>3</sup> Elegiblas èn personas ch'adempleschan las premissas da la lescha federala e che paran d'esser ablas d'exequir l'uffizi en moda independenta.

#### Art. 20b

III. Custs

<sup>1</sup> Las vischnancas portan ils custs per endrizzar e manar l'uffizi da stadi civil en proporziun al dumber d'abitants, premess ch'ellas na fan nagina outra reglamentaziun. Sco custs da gestiun valan er ils custs per utilizar la banca da datas federala per il stadi civil.

<sup>2</sup> Il temp che vegn duvrà per transferir inscripziuns en il register ch'èn fermamain manglusas da quest register en il register dal stadi civil informatisà sto vegnir incumbensà da la vischnanca da l'anteriur uffizi da stadi civil.

#### Art. 20c

IV. Autorità da surveglianza

<sup>1</sup> Il departament decida sco autorità da surveglianza davart:

1. mesiras disciplinaras tenor l'art. 47;
2. l'ordinaziun d'inspeziuns tenor l'art. 87 al. 1 OSC;
3. intervenziuns cunter in'administraziun irregulara da l'uffizi OSC tenor l'art. 88 al. 1 OSC;
4. la relaschada u la nunreeleziun d'in uffizial da stadi civil tenor l'art. 89 OSC;
5. recurs cunter disposiziuns dals uffizials da stadi civil tenor l'art. 92 al. 1 OSC;
6. chastiar cuntravenziuns cunter l'obligaziun d'annunzia tenor l'art. 93 OSC.

<sup>2</sup> Las autras cumpetenzas tenor il dretg da controlla èn chausa da l'uffizi.

**Art. 20d**

<sup>1</sup> **Cunter decisziuns e disposiziuns da l'uffizi po vegnir fatg recurs tar il departament.** V. Meds legals

<sup>2</sup> **Cunter decisziuns e disposiziuns dal departament po vegnir fatg recurs tar la dretgira chantunala cun appellaziun tenor l'artitgel 64.**

**Art. 21 al. 3**

<sup>3</sup> La surveglianza da las fundaziuns per il provediment dal personal (art. 89bis) sa drizza tenor **la lescha davart** la prevenziun professiunala.

**Art. 163**

10. Lescha da taglia per il chantun Grischun dals 8 da zercladur 1986 art. 123 al. 3

**La suprastanza communal da l'ultim lieu da domicil d'ina persuna u l'uffizi ch'ella ha designà fa immediatamain a savair ils mortoris ch'en vegnids annunziads ad ella u ad el a l'administraziun chantunala da taglia.**

**II.**

Questa revisiun parziala è suttamessa al referendum facultativ.

La regenza fixescha l'entrada en vigur da questa revisiun parziala.



## Ordinaziun executiva davart il stadi civil

aboliziun dals ...

---

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 32 da la constituziun chantunala,  
suenter avair gi invista da la missiva da la regenza dals 29 da zercladur  
2004,

concluda:

### **I.**

L'ordinaziun executiva davart il stadi civil dals 29 da schaner 2002 vegn  
abolida.

### **II.**

Questa aboliziun entra en vigur il medem mument sco la revisiun da la  
lescha introductiva tar il cudesch civil svizzer.





## Lescha introductiva tar il dretg d'obligaziuns svizzer

dals ...

---

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 31 da la constituziun chantunala,  
sunter avair gi' invista da la missiva da la regenza dals 29 da zercladur 2004,

concluda:

### I. Disposiziuns generalas

#### Art. 1

La presidenta u il president da la dretgira districtuala decida en la procedura da la giurisdicziun voluntara davart ils suandants cas dal dretg d'obligaziuns:

Giurisdicziun  
voluntara  
I. cumpetenzas

1. art. 83 al. 2, fixaziun d'in termin per la prestaziun da garanzia;
2. art. 92, disposiziun dal lieu da deposit da la chaussa debitada;
3. art. 93, permissiun da vender la chaussa debitada e da deponer il retgav;
4. art. 98 al. 3, autorisaziun a la creditura u al creditur concernent l'execuziun d'uffizi;
5. art. 107 al. 1, fixaziun d'in termin en cas da retard da la debitura u dal debitur;
6. art. 168, deposit en cas d'ina cessiun;
7. art. 175 al. 3, prestaziun da garanzia en cas da la surpigliada dal daivet;
8. art. 202 al. 1, procedura preliminar en cas d'ina garanzia tar il commerzi da muvel;
9. art. 204 al. 2 e 3, constataziun dal causal ed ordinaziun da la vendita en cas da reclamaziuns concernent chaussas furnidas;
10. art. 226k, art. 228, prolungaziun dal termin en cas d'in contract da cumpra cun pajament en ratas u cunter pajament anticipà;

11. art. 322a al. 2, art. 322c al. 2, designaziun da l'expert per la controlla dal resultat da la gestiun u dal rendaquint da las provisziuns;
12. art. 330 al. 3, deposit da la cauziun;
13. art. 337a, prestaziun da garanzia en cas d'ina periclitaziun da la paja;
14. art. 366 al. 2, fixaziun d'in termin per far remadura concernent il contract d'execuziun da lavurs;
15. art. 367 al. 2, nominaziun d'experts e documentaziun da las constataziuns davart l'ovra furnida;
16. art. 383 al. 3, fixaziun d'in termin per far ina nova ediziun;
17. art. 392 al. 2, permissiun per cuntinuar la relaziun contractuala;
18. art. 427 al. 1 e 3, constataziun dal causal ed ordinaziun da la vendita da la rauba en cumissiun;
19. art. 435, ordinaziun da l'ingiant da la rauba en cumissiun;
20. art. 444 al. 2, art. 445, art. 451 e 453, constataziun dal causal, ordinaziun da la vendita da vitgiras, deposit uffizial;
21. art. 496 al. 2, atgisa da la garanta solidara u dal garant solidar en cas d'ina garanzia che manca;
22. art. 501 al. 2, suspensiun da la scussiun cunter la garanta u cunter il garant;
23. art. 565 al. 2, art. 603, art. 767, art. 814 al. 2, retratga provisoria dal dretg da represchentanza;
24. art. 583 al. 2, art. 619 al. 1, art. 740 al. 3, art. 741 al. 2, art. 770, art. 823, art. 913, nominaziun e revocaziun da liquidaturas u da liquidaturs;
25. art. 585 al. 3, art. 619 al. 1, decisiun en cas d'opposiziun d'ina associada u d'in associà;
26. art. 600 al. 3, nominaziun da l'experta u da l'expert;
27. art. 697 al. 4, art. 819 al. 2, art. 857 al. 3; art. 22 da la lescha federala davart ils fonds d'investiziun 5, ordinaziun d'infurmaziun e d'invista;
28. art. 697a–g, examinaziun speziala;
29. art. 697h, publicaziun;
30. art. 699 al. 4, art. 809 al. 3, art. 881 al. 3, convocaziun da la radunanza generala respectivamain da la radunanza dals associads;
31. art. 706a al. 2, art. 808 al. 6, art. 891 al. 1, nominaziun d'ina represchentanta u d'in represchentant en cas che l'administraziun contesta ils conlus da la societad;
32. art. 727f, nominaziun d'in organ da revisiun;
33. art. 744, art. 770, art. 823, art. 913, deposit d'imports da pretensiun en cas da la liquidaziun;

34. art. 770, art. 823, art. 913, permissiun da reparter la facultad da l'associaziun avant la scadenza d'in onn en cas da la liquidaziun;
35. art. 890 al. 2, revocaziun e nova elecziun da l'administraziun e dals organs da controlla;
36. art. 971, art. 977, art. 981 fin 987; art. 1072 fin 1080, art. 1098, art. 1143 cifra 19; art. 13 da la lescha federala davart il contract d'assicuranza, annullaziun da vaglias;
37. art. 1032, deposit da la summa da la cambiala;
38. art. 1162 al. 3 e 4, annullaziun da la plenipotenza e relasch da las mesiras necessarias;
39. art. 1165 al. 3, autorisaziun per convocar ina radunanza dals crediturs.

**Art. 2**

Per la giurisdicziun voluntara valan las prescripziuns da la procedura summara (art. 137 ss. PC) conform al senn. En quest connex po il derschader ordinar ina tractativa principala e che las partidas cumparian persunalmain. 2. procedura

**Art. 3**

Las decisiuns da la presidenta da la dretgira districtuala u dal president da la dretgira districtuala pon vegnir contestadas cun recurs tenor l'artitgel 12 da la lescha introductiva tar il cudesch civil svizzer. 3. meds legals

**Art. 4**

<sup>1</sup> Las publicaziuns, las communicaziuns publicas, ils appels ed ils cloms publics ch'èn previs dal dretg d'obligaziuns succedan – premess che quai na saja betg prescrit autramain da la lescha u tras in'ordinaziun dal cussegl grond – en il feagl uffizial dal chantun. Publicaziuns

<sup>2</sup> Resalvadas restan l'autorisaziun da l'autorità cumpetenta per autras publicaziuns adattadas seo er las publicaziuns en il feagl uffizial svizzer da commerzi ch'èn prescrittas en il dretg d'obligaziuns.

**II. Disposiziuns spezialas****Art. 5**

<sup>1</sup> La cumpetenzza per manar la procedura preliminar ha la presidenta u il president da la dretgira districtuala, en il circol d'uffizi da la quala u dal qual sa chatta l'animal. Garanzia tar il commerzi da muvel

<sup>2</sup> Dal rest sa drizza la procedura tenor las prescripziuns da la confederaziun e da la procedura civila dal chantun Grischun.

**Art. 6**

Ingiant public

<sup>1</sup> Per la procedura tar l'ingiant public èn decisivas las disposiziuns dals artitgels 144 ss. LItCCS.

<sup>2</sup> L'ingiant po vegnir contestà en il senn da l'artitgel 230 alinea 1 tar la presidenta da la dretgira chantunala u tar il president da la dretgira chantunala entaifer diesch dis. La procedura sa drizza tenor l'artitgel 12 LItCCS.

<sup>3</sup> En cas d'in ingiant d'in bain immobigliar è l'uffizi cirquital competent per communitgar l'agiudicaziun a l'administratura u a l'administratur dal register funsil (art. 235 al. 2).

**Art. 7**

Donaziun

L'autorità competenta per il plant da l'execuziun d'ina grevezza ch'è en l'interess public en cas d'ina donaziun suenter la mort dal donatur (art. 246 al. 2) è:

1. la suprastanza communal, sche la grevezza è en l'interess public da la vischnanca;
2. il cussegl cirquital, sche la grevezza è en l'interess public dal circul;
3. la regenza, sche la grevezza è en l'interess da plirs vischnancas, da plirs circuls u dal chantun.

**Art. 8**Locaziun e  
fittanza

La competenza e la procedura sa drizzan tenor las prescripziuns da la confederaziun e tenor las disposiziuns spezialas dal dretg chantunal.

**Art. 9**Contract da lavur  
collectiv

Cun resalva dal dretg federal è la regenza competenta per declerar impegnativs ils contracts da lavur collectivs e per abolir tals.

**Art. 10**Contract da lavur  
normal

L'autorità competenta en il senn da l'artitgel 359 ff. è la regenza.

**Art. 11**Intermediaziun da  
maridaglias u da  
retschertga da  
partenaris

L'uffizi ch'è competent per naturalisaziuns conceda la permissiun per l'intermediaziun professiunala da maridaglias u da retschertga da partenaris en il senn da l'artitgel 406c e fa la surveglianza.

**Art. 12**Magasin da  
deposit

<sup>1</sup> La regenza conceda la permissiun per emetter attests da rauba en il senn da l'artitgel 482 alinea 1.

<sup>2</sup> Ella è er competenta per pronunziar multas reglementaras en il senn da l'artitgel 1155 alinea 2.

**Art. 13**

Per lottarias u per trair la sort (art. 515) èn cumpetentas las autoritads Gieu e scumessa  
ch'èn designadas en las disposiziuns spezialas dal dretg chantunal.

**Art. 14**

La regenza è cumpetenta per renconuscher in institut da vitalizi sco er per Vitalizi  
approvar las cundiziuns ch'èn vegnidas formuladas per il contract da  
vitalizi ed il reglament da chasa da l'institut da vitalizi en il senn dals  
artitgels 522 e 524.

**III. Disposiziuns finalas**

**Art. 15**

<sup>1</sup> Questa lescha è suttamessa al referendum facultativ.

Entrada en vigur

<sup>2</sup> La regenza fixescha il termin da l'entrada en vigur da questa lescha.



## **Ordinaziun executiva tar il dretg d'obligaziuns svizzer**

aboliziun dals ...

---

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 32 da la constituziun chantunala,  
suenter avair gi invista da la missiva da la regenza dals 29 da zercladur  
2004,

concluda:

### **I.**

L'ordinaziun executiva tar il dretg d'obligaziuns svizzer dal 1. da  
december 1993 vegn abolida.

### **II.**

Questa aboliziun entra en vigur il medem mument sco il relasch da la  
lescha introductiva tar il dretg d'obligaziuns svizzer.





## Lescha davart la prevenziun professiunala

dals ...

---

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 31 da la constituziun chantunala,  
sunter avair gi' invista da la missiva da la regenza dals 29 da zercladur 2004,

concluda:

### Art. 1

<sup>1</sup> Il departament designà da la regenza è l'autorità da surveglianza da las instituziuns da prevenziun ch'èn suttemessas tenor la lescha federala (art. 61 al. 1 LPP ed art. 89bis al. 6 CCS) a la surveglianza chantunala. Surveglianza  
1. cumpetenzas

<sup>2</sup> Tras l'uffizi ademplescha el las cumpetenzas che al èn assignadas en la LPP, en sias disposiziuns executivas ed en il CCS.

<sup>3</sup> L'uffizi maina il register davart la prevenziun professiunala.

### Art. 2

<sup>1</sup> La regenza relascha in'ordinaziun davart la surveglianza da las fundaziuns. 2. procedura e  
taxas

<sup>2</sup> Ella fixescha las taxas per las funcziuns uffizialas, las examinaziuns e las disposiziuns che vegnan prestadas u ordinadas da la surveglianza da fundaziuns. Ellas importan en il cas singul maximalmain 20'000 francs, vegnan calculadas tenor ils custs e la difficultad da la chaussa e ston vegnir pajadas da las retschavidras u dals retschaviders da la prestaziun u da las persunas pertutgadas.

### Art. 3

<sup>1</sup> La dretgira administrativa giuditgescha sco unica instanza dispitas tranter instituziuns da prevenziun, patrunas e patruns e persunas autorisadas da far pretensiuns. Giurisdicziun

<sup>2</sup> Per la procedura vegnan applitgadas correspondentamain ils artitgels 10 ed 11 da l'ordinaziun davart la procedura en dispitas d'assicuranzas socialas.

Disposiziuns  
finalas

**Art. 4**

<sup>1</sup> Questa lescha è suttamessa al referendum facultativ.

<sup>2</sup> La regenza fixescha il termin da l'entrada en vigur da questa lescha.

## **Ordinaziun executiva davart la prevenziun professiunala**

aboliziun dals ...

---

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 32 da la constituziun chantunala,  
suenter avair gi invista da la missiva da la regenza dals 29 da zercladur  
2004,

concluda:

### **I.**

L'ordinaziun executiva davart la prevenziun professiunala dal 1. da  
december 1993 vegn abolida.

### **II.**

Questa aboliziun entra en vigur il medem mument sco il relasch da la  
lescha davart la prevenziun professiunala.



## Auszug aus dem geltenden Recht

### Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch<sup>1)</sup>

Vom Volke angenommen am 12. Juni 1994<sup>2)</sup>

---

#### I. Allgemeiner Teil

##### 1. ZUSTÄNDIGE BEHÖRDEN UND VERFAHREN

##### B. *Verwaltungsbehörden*

##### Art. 13<sup>3)</sup>

Der Gemeindepräsident ist zuständig zur Entgegennahme von Fundanzeigen und zur Anordnung der Versteigerung gemäss Artikel 720 und 721.

I. Zuständigkeit  
1. Der Gemeindepräsident

##### Art. 14

<sup>1)</sup> Der Gemeindevorstand ist für den Erlass von Verboten betreffend Wald und Weide auf Gemeindegebiet (Art. 699) zuständig. Gegen die Anordnung solcher Verbote kann Rekurs beim Verwaltungsgericht erhoben werden.

2. Der Gemeindevorstand

<sup>2)</sup> Der Gemeindevorstand des Wohnsitzes oder des Heimatortes ist zuständig für:

1. <sup>4)</sup> Art. 106 Abs. 1, Klage auf Ungültigkeit der Ehe;
2. ...<sup>5)</sup>
3. Art. 259 Abs. 2 Ziff. 3, 260a Abs. 1, Anfechtung einer Anerkennung;
4. <sup>6)</sup> Art. 550, amtliches Begehren um Verschollenerklärung gemäss Art. 6 Abs. 3 des vorliegenden Gesetzes.

---

<sup>1)</sup> Am 5. April 1994 vom EJPD genehmigt

<sup>2)</sup> B vom 2. November 1992, 545 und 24. Mai 1993, 175; GRP 1992/93, 812; GRP 1993/94, 286 (1. Lesung), 560 (2. Lesung)

<sup>3)</sup> Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 3

<sup>4)</sup> Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 3

<sup>5)</sup> Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 3

<sup>6)</sup> Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 3

<sup>3</sup> Der Gemeindevorstand des letzten Wohnsitzes des Beklagten ist zuständige Behörde bei Vaterschaftsklagen gemäss Artikel 261 Absatz 2.

<sup>4</sup> <sup>1)</sup> Der Gemeindevorstand oder die von ihm bestimmte Amtsstelle am Wohnsitz der anspruchsberechtigten Person ist für die Inkassohilfe gemäss Artikel 131 Absatz 1 zuständig.

## 2. ÖFFENTLICHE BEURKUNDUNG UND VERÖFFENTLICHUNGEN

### II. Besonderer Teil

#### 1. PERSONENRECHT

##### A. *Zivilstandswesen*

###### Art. 20

I. Organisation

<sup>1</sup> Die Einteilung der Zivilstandskreise, die Ernennung der Zivilstandsbeamten und ihrer Stellvertreter sowie die Aufsicht über das Zivilstandswesen werden durch Verordnung des Grossen Rates <sup>2)</sup> geregelt.

<sup>2</sup> Die Regierung erlässt die nötigen Vorschriften über die Geschäftsführung der Zivilstandsbeamten.

##### B. *Stiftungen*

###### Art. 21

I. Aufsichtsbehörden

<sup>1</sup> Alle Stiftungen, mit Ausnahme der Familienstiftungen, sind der behördlichen Aufsicht unterstellt.

<sup>2</sup> Als Aufsichtsbehörde amtet:

1. der Gemeindevorstand über Stiftungen, die nach ihrer Bestimmung der Gemeinde angehören;
2. der Vorstand der Bürgergemeinde über Stiftungen, die nach ihrer Bestimmung der Bürgergemeinde angehören;
3. <sup>3)</sup> der Kreisrat über Stiftungen, die nach ihrer Bestimmung mehreren Gemeinden desselben Kreises oder dem Kreis angehören;
4. das von der Regierung bezeichnete Departement über Stiftungen, die nach ihrer Bestimmung Gemeinden verschiedener Kreise, mehreren Kreisen oder dem Kanton angehören, sowie über Stiftungen des öffentlichen Rechts.

<sup>1)</sup> Einfügung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 3

<sup>2)</sup> BR 213.100

<sup>3)</sup> Fassung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 9

<sup>3</sup> Die Aufsicht über die Personalfürsorgestiftungen (Art. 89bis) richtet sich nach der Verordnung über die berufliche Vorsorge.<sup>1)</sup>

<sup>4</sup> Die Regierung erlässt eine Verordnung betreffend die Aufsicht über die Stiftungen des privaten und des öffentlichen Rechtes.

### III. Schlussteil

#### 2. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

##### Art. 163

Die nachstehenden Gesetze werden dem Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch angepasst und wie folgt abgeändert: III. Änderung von Erlassen

1. Gesetz über die Verantwortlichkeit der Behörden und Beamten und die Haftung der öffentlich-rechtlichen Körperschaften vom 29. Oktober 1944<sup>2)</sup> (Verantwortlichkeitsgesetz)

Art. 5 bis

Marginalie: 3. Haftung der Notariatspersonen

Die patentierten Notare und die Grundbuchverwalter in ihrer Eigenschaft als Notariatspersonen haften gegenüber dem Kanton für jeden widerrechtlich und schuldhaft verursachten Schaden.

Art. 9 bis

Marginalie: 3. Haftung in Notariatssachen

Der Kanton ist pflichtig, Dritten Ersatz zu leisten für Schaden, den patentierte Notare oder Grundbuchverwalter bei Beurkundungen widerrechtlich und schuldhaft verursacht haben.

Die Kreise haften im gleichen Umfange bei Beurkundungen durch Kreisnotare.

2. Zivilprozessordnung des Kantons Graubünden vom 1. Dezember 1985<sup>3)</sup> (ZPO)

Art. 139

Titel: IV. Verfahren bei freiwilliger Gerichtsbarkeit.

Satz 2 gestrichen.

3. Steuergesetz des Kantons Graubünden vom 8. Juni 1986<sup>4)</sup>

Art. 160 Abs. 1

Für die Steuern auf dem Wertzuwachs von Grundstücken besteht ein gesetzliches Pfandrecht gemäss Artikel 130 ff. EGzZGB.

Art. 160 Abs. 2

Der Käufer kann von der Steuerverwaltung Auskunft über die anfallenden Steuern und vom Verkäufer hiefür Sicherstellung

---

<sup>1)</sup> BR 543.100

<sup>2)</sup> BR 170.050

<sup>3)</sup> BR 320.000

<sup>4)</sup> BR 720.000



verlangen. Kommt der Verkäufer dieser Aufforderung nicht nach, kann der Käufer die mutmassliche Steuer aus dem Kaufpreis sicherstellen.

Art. 160 Abs. 3

Die Parteien sind nach den Bestimmungen der Vollziehungsverordnung auf das Pfandrecht aufmerksam zu machen.

Art. 160 Abs. 4 sowie Art. 161 und 162 aufgehoben.

4. Raumplanungsgesetz des Kantons Graubünden in der Fassung vom 6. Dezember 1987<sup>1)</sup>

Art. 60 Abs. 3

Für die Kosten der Ersatzmassnahmen steht der Gemeinde und dem Kanton ein gesetzliches Pfandrecht gemäss Artikel 130 ff. EGzZGB gegenüber dem Grundeigentümer zu.

5. Perimetergesetz des Kantons Graubünden vom 28. September 1980<sup>2)</sup>  
Art. 8 Abs. 1

Für die Beiträge besteht ein gesetzliches, allen anderen Pfandrechten vorgehendes Pfandrecht gemäss Artikel 130 ff. EGzZGB.

Art. 9

Verfügungen gemäss Artikel 7 Absatz 3 können innert 20 Tagen mit Rekurs beim Verwaltungsgericht angefochten werden.

6. Gesetz über die Gebäudeversicherung im Kanton Graubünden vom 12. April 1970<sup>3)</sup>

Art. 23

Für die Prämien besteht am versicherten Gebäude ein gesetzliches, allen anderen Pfandrechten vorgehendes Pfandrecht gemäss Artikel 130 ff. EGzZGB.

7. Gesetz über die Vergütung nicht versicherbarer Elementarschäden (GVE) vom 23. September 1984<sup>4)</sup>

Art. 21

gestrichen.

8. Einführungsgesetz zum Bundesgesetz vom 12. Juni 1951 über die Einführung des bäuerlichen Grundbesitzes<sup>5)</sup>

Art. 17

aufgehoben.

9. <sup>6)</sup>In den folgenden Bestimmungen wird der Ausdruck «Gewalt» durch den Ausdruck «Sorge» ersetzt:

---

<sup>1)</sup> BR 801.100

<sup>2)</sup> BR 803.200

<sup>3)</sup> BR 830.100

<sup>4)</sup> BR 835.100

<sup>5)</sup> BR 910.100

<sup>6)</sup> Einfügung gemäss Volksbeschluss vom 12. März 2000; siehe FN zu Art. 3

- a) Art. 13 Abs. 1 und 2, Art. 32 Abs. 1 Gesetz über Erwerb und Verlust des Kantons- und Gemeindebürgerrechtes<sup>1)</sup>;
- b) Art. 56 Abs. 1 Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch<sup>2)</sup>;
- c) Art. 24 Ziff. 2 Zivilprozessordnung des Kantons Graubünden<sup>3)</sup>;
- d) Art. 35 Abs. 3 Gesetz über die Strafrechtspflege<sup>4)</sup>;
- e) Art. 17 Abs. 1 Gesetz für die Volksschule des Kantons Graubünden<sup>5)</sup>

---

1) BR 130.100

2) BR 210.100

3) BR 320.000

4) BR 350.000

5) BR 421.000



## Geltendes Recht

### Vollziehungsverordnung über das Zivilstandswesen

Gestützt auf Art. 15 Abs. 3 der Kantonsverfassung <sup>1)</sup>, Art. 49 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches <sup>2)</sup>, Art. 2 und 3 der bundesrätlichen Verordnung vom 1. Juni 1953 über das Zivilstandswesen (ZStV <sup>3)</sup>) sowie Art. 20 Abs. 1 EGzZGB <sup>4)</sup>

vom Grossen Rat erlassen am 29. Januar 2002 <sup>5)</sup>

#### I. Organisation der Zivilstandsämter

##### Art. 1

<sup>1)</sup> Die Regierung legt die Zivilstandskreise im Rahmen des Bundesrechts und nach Anhörung der beteiligten Kreise fest. Zivilstandskreise

<sup>2)</sup> Die Zivilstandskreise umfassen das Gebiet eines oder mehrerer Kreise oder Teile davon.

##### Art. 2

Die Regierung bezeichnet nach Anhörung der beteiligten Kreise Sitz und Name der Zivilstandsämter. Amtssitz

##### Art. 3

<sup>1)</sup> Der Kreisrat wählt nach Anhörung der Aufsichtsbehörde für jeden Zivilstandskreis einen oder mehrere Zivilstandsbeamtinnen oder Zivilstandsbeamte sowie einen oder mehrere Stellvertreterinnen oder Stellvertreter. Zivilstands-  
beamtin oder  
-beamter  
1. Wahl

<sup>2)</sup> Erstreckt sich ein Zivilstandskreis über das Gebiet mehrerer politischer Kreise, einigen sich diese über das Wahlorgan und das Wahlverfahren.

<sup>1)</sup> BR 110.100

<sup>2)</sup> SR 210

<sup>3)</sup> SR 211.112.1

<sup>4)</sup> BR 210.100

<sup>5)</sup> B vom 8. Oktober 2001, 429; GRP 2001/2002, 546

**Art. 4**

2. Wählbarkeit

<sup>1</sup> Wählbar sind Personen, die zur selbstständigen Führung des Amtes befähigt sind. Im Übrigen gelten die Voraussetzungen des Bundesrechts.<sup>1)</sup>

<sup>2</sup> Als Stellvertreterinnen oder Stellvertreter sind andere Zivilstandsbeamtinnen oder Zivilstandsbeamte sowie Personen wählbar, die ebenfalls die Voraussetzungen nach Absatz 1 erfüllen.

**Art. 5**

3. Mitteilung der Wahl, Neuwahl

<sup>1</sup> Das Kreisamt am Sitz des Zivilstandsamtes teilt der Aufsichtsbehörde umgehend die Wahl von Zivilstandsbeamtinnen oder Zivilstandsbeamten sowie von Stellvertreterinnen oder Stellvertretern mit.

<sup>2</sup> Erfüllen die Gewählten die Voraussetzungen von Artikel 4 nicht oder nicht mehr, so hat das Departement eine Neuwahl anzuordnen. Bei deren Unterlassung erfolgt die Wahl durch die Regierung.

**Art. 6**

4. Amtsantritt, Amtsalter

<sup>1</sup> Neu gewählte Zivilstandsbeamtinnen oder Zivilstandsbeamte sowie Stellvertreterinnen oder Stellvertreter dürfen das Amt erst nach erfolgreicher Absolvierung der Grundausbildung im Sinne der Verordnung über die Durchführung von Grundkursen zur Erlangung des Fähigkeitsausweises für Zivilstandsbeamte<sup>2)</sup> antreten.

<sup>2</sup> Die Amtstätigkeit der Zivilstandsbeamtin oder des Zivilstandsbeamten endet spätestens auf Ende des Monats, in dem sie oder er das ordentliche Pensionsalter erreicht hat.

<sup>3</sup> In begründeten Ausnahmefällen kann dieser Termin mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde längstens um 1 Jahr aufgeschoben werden.

**Art. 7**

5. Stellvertretung

<sup>1</sup> Zivilstandsbeamtinnen oder Zivilstandsbeamte und Stellvertreterinnen oder Stellvertreter haben ganzjährig die Funktionsfähigkeit des Amtes sicherzustellen.

<sup>2</sup> Bei Vorliegen besonderer Umstände bezeichnet die Aufsichtsbehörde eine ausserordentliche Stellvertreterin oder einen ausserordentlichen Stellvertreter. Dabei kann deren oder dessen Aufgabenbereich den konkreten Umständen angepasst und eingeschränkt werden.

**Art. 8**

Amtslokal, Material

Der Kreis, in dessen Gebiet sich der Amtssitz befindet, sorgt dafür, dass der Zivilstandsbeamtin oder dem Zivilstandsbeamten die notwendigen Räume und Materialien zur Verfügung stehen und dass die Register, Belege und elektronischen Datenträger feuer- und einbruchssicher aufbewahrt

---

<sup>1)</sup> Art. 3 Abs. 1bis und Art. 11 ZStV; SR 211.112.1

<sup>2)</sup> BR 213.550

werden, vor Feuchtigkeit geschützt sind und im Falle der Gefahr in Sicherheit gebracht werden können (Art. 4-6 ZStV<sup>1)</sup>).

#### **Art. 9**

Sofern die Gemeinden des Zivilstandskreises keine andere Regelung treffen, tragen sie die Kosten für die Einrichtung und den Betrieb des Zivilstandsamtes im Verhältnis zur Einwohnerzahl. Kosten

#### **Art. 10**

<sup>1</sup> Die Register werden in deutscher oder italienischer Sprache geführt (Art. 9 Abs. 1 ZStV<sup>2)</sup>). Der italienischen Sprache bedienen sich die politischen Kreise Brusio, Poschiavo, Mesocco, Roveredo, Calanca und Bergell umfassenden Zivilstandskreise. Amtssprachen

<sup>2</sup> In der Gemeinde Bivio können die Register in deutscher oder italienischer Sprache geführt werden.

<sup>3</sup> In den Zivilstandskreisen des romanischen Sprachgebietes wird das Rätoromanische im Rahmen des Bundesrechtes angemessen berücksichtigt. Einzelheiten regelt die Regierung durch Verordnung<sup>3)</sup>.

## **II. Aufsichtsbehörde**

#### **Art. 11**

<sup>1</sup> Das Departement ist Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen. Departement  
1. Aufsicht

<sup>2</sup> Es entscheidet über Beschwerden gegen Verfügungen der Zivilstandsbeamtinnen oder Zivilstandsbeamten (Art. 20 ZStV<sup>4)</sup>), ordnet die erforderlichen Massnahmen an (Art. 21 Abs. 1 und Art. 22 ZStV) sowie Art. 47 ZGB<sup>5)</sup> und verhängt Bussen (Art. 182 ZStV).

<sup>3</sup> Die übrigen aufsichtsrechtlichen Befugnisse obliegen dem Amt für Zivilrecht.

#### **Art. 12**

<sup>1</sup> Die Aufsichtsbehörde kann die Aufgabe der Inspektion (Art. 18 ZStV<sup>6)</sup>) aufgrund besonderer Instruktionen auch andern Bevollmächtigten übertragen. 2. Inspektionen  
und Amtsüber-  
gaben

<sup>2</sup> Die aus dem Zeitaufwand für die Überarbeitung fehlerhafter Register oder deren Überführung in die elektronische Datenbank erwachsenden

---

<sup>1)</sup> SR 211.112.1

<sup>2)</sup> SR 211.112.1

<sup>3)</sup> SR 213.500

<sup>4)</sup> SR 211.112.1

<sup>5)</sup> SR 210

<sup>6)</sup> SR 211.112.1

Kosten sind gemäss den von der Regierung festgesetzten Ansätzen<sup>1)</sup> von der betreffenden Gemeinde zu tragen.

#### **Art. 13**

3. Instruktion-  
kurse

<sup>1</sup> Die Aufsichtsbehörde führt nach Bedarf Instruktionkurse für Zivilstandsbeamtinnen und Zivilstandsbeamte durch (Art. 45 Abs. 2 Ziff. 5 ZGB<sup>2)</sup>). Sie kann diese Aufgabe auch einer andern Institution übertragen.

<sup>2</sup> Die Teilnahme ist für alle Zivilstandsbeamtinnen oder Zivilstandsbeamten und für alle Stellvertreterinnen oder Stellvertreter obligatorisch. Artikel 11 Absatz 2 findet entsprechende Anwendung.

<sup>3</sup> Die Zivilstandskreise entschädigen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Die Kurskosten trägt der Kanton.

<sup>4</sup> Die Regierung erlässt eine Verordnung über die Durchführung von Grundkursen zur Erlangung des Fähigkeitsausweises<sup>3)</sup>.

#### **Art. 14**

Beschwerde

<sup>1</sup> Gegen Entscheide und Verfügungen des Amtes für Zivilrecht kann beim Departement Beschwerde geführt werden.

<sup>2</sup> Entscheide und Verfügungen des Departementes können mit Berufung gemäss Artikel 64 EGzZGB<sup>4)</sup> an das Kantonsgericht weitergezogen werden.

### **III. Andere Organe**

#### **Art. 15**

Findelkinder

Die Gemeindepräsidentin oder der Gemeindepräsident ist zuständig zur Entgegennahme der Mitteilung über die Auffindung eines Findelkindes. Sie oder er gibt dem Kind den Familiennamen und den Vornamen und erstattet Anzeige an das Zivilstandsamt (Art. 72 Abs. 1 ZStV<sup>5)</sup>).

#### **Art. 16**

Tod einer  
unbekannten  
Person

Polizeibehörde im Sinne von Artikel 77 und 79 Absatz 2 der bundesrätlichen Verordnung<sup>6)</sup> ist das kantonale Polizeikommando.

---

<sup>1)</sup> Art. 6 der AB zur VV; BR 213.500

<sup>2)</sup> SR 210

<sup>3)</sup> BR 213.550

<sup>4)</sup> BR 210.100

<sup>5)</sup> SR 211.112.1

<sup>6)</sup> SR 211.112.1

#### IV. Geschäftsführung und Entschädigung

##### Art. 17

Die Regierung regelt die Geschäftsführung und Entschädigung im Zivilstandswesen durch Verordnung<sup>1)</sup>. Zuständigkeit

#### V. Schlussbestimmungen

##### Art. 18

<sup>1</sup> Die Umsetzung der Reorganisation der Zivilstandskreise im Sinne von Artikel 1 und 2 dieser Verordnung erfolgt nach den Vorgaben der Regierung durch das Amt für Zivilrecht. Übergangsbestimmung

<sup>2</sup> Für noch nicht im Sinne von Artikel 1 dieser Verordnung strukturierte Zivilstandskreise gelten bis zu ihrer Zusammenlegung die Bestimmungen der Artikel 1, 2, 4 und 8 des bisherigen Rechts weiterhin sinngemäss.

##### Art. 19

<sup>1</sup> Die Regierung setzt das Datum des In-Kraft-Tretens dieser Verordnung nach Genehmigung durch den Bund fest<sup>2)</sup>. In-Kraft-Treten,  
Aufhebung  
bisherigen Rechts

<sup>2</sup> Auf diesen Zeitpunkt wird die Vollziehungsverordnung zur bundesrätlichen Verordnung vom 1. Juni 1953 über das Zivilstandswesen, vom Grossen Rat erlassen am 1. Dezember 1993, aufgehoben.

---

<sup>1)</sup> BR 213.500

<sup>2)</sup> Mit RB vom 12. März 2002 auf den 1. April 2002 in Kraft gesetzt; Am 21. Februar 2002 vom EJPD genehmigt.





## Geltendes Recht

### Vollziehungsverordnung zum Schweizerischen Obligationenrecht<sup>1)</sup>

Gestützt auf Art. 15 Abs. 3 der Kantonsverfassung<sup>2)</sup>

vom Grossen Rat erlassen am 1. Dezember 1993<sup>3)</sup>

#### Art. 1

Wo diese Verordnung Begriffe verwendet, die nur das männliche Geschlecht erwähnen, gelten diese für beide Geschlechter, soweit sich aus dem Sinn der Verordnung nichts anderes ergibt.

Bezeichnungen

#### Art. 2

Der Bezirksgerichtspräsident entscheidet im Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit in folgenden Fällen des Obligationenrechtes<sup>4)</sup>:

I. Allgemeine Bestimmungen  
1. Freiwillige Gerichtsbarkeit  
a) Zuständigkeit

1. Art. 83 Abs. 2, Fristansetzung zur Sicherheitsleistung;
2. Art. 92, Bestimmung des Hinterlegungsortes der geschuldeten Sache;
3. Art. 93, Bewilligung zum Verkauf der geschuldeten Sache und zur Hinterlegung des Erlöses;
4. Art. 98 Abs. 3, Ermächtigung an den Gläubiger zur Ersatzvornahme;
5. Art. 107 Abs. 1, Fristansetzung bei Verzug des Schuldners;
6. Art. 168, Hinterlegung bei Abtretung;
7. Art. 175 Abs. 3, Sicherheitsleistung bei der Schuldübernahme;
8. Art. 202 Abs. 1, Vorverfahren bei Gewährleistung im Viehhandel;
9. Art. 204 Abs. 2 und 3, Feststellung des Tatbestandes und Anordnung des Verkaufs bei Bemängelung übersandter Sachen;
10. Art. 226k, Art. 228, Stundung beim Abzahlungs- und Vorauszahlungsvertrag;

<sup>1)</sup> SR 220

<sup>2)</sup> BR 110.100

<sup>3)</sup> B vom 2. November 1992, 545 und 24. Mai 1993, 175; GRP, 1992/93, 812; GRP 1993/94, 319 (1. Lesung), 582 (2. Lesung)

<sup>4)</sup> SR 220

11. Art. 322a Abs. 2, Art. 322c Abs. 2, Bezeichnung des Sachverständigen zur Nachprüfung des Geschäftsergebnisses oder der Provisionsabrechnung;
12. Art. 330 Abs. 3, Hinterlegung der Kautions;
13. Art. 337a, Sicherheitsleistung bei Lohngefährdung;
14. Art. 366 Abs. 2, Fristansetzung zur Abhilfe beim Werkvertrag;
15. Art. 367 Abs. 2, Ernennung von Sachverständigen und Beurkundung des Befundes über das abgelieferte Werk;
16. Art. 383 Abs. 3, Fristansetzung zur Herstellung einer neuen Auflage;
17. Art. 392 Abs. 2, Bewilligung zur Fortsetzung des Vertragsverhältnisses;
18. Art. 427 Abs. 1 und 3, Feststellung des Tatbestandes und Anordnung des Verkaufs von Kommissionsgütern;
19. Art. 435, Anordnung der Versteigerung vom Kommissionsgütern;
20. Art. 444 Abs. 2, Art. 445, Art. 451 und 453, Feststellung des Tatbestandes, Anordnung des Verkaufs von Frachtgütern, amtliche Hinterlegung;
21. Art. 496 Abs. 2, Belangung des Solidarbürgen bei fehlender Deckung;
22. Art. 501 Abs. 2, Einstellung der Betreuung gegen den Bürgen;
23. Art. 565 Abs. 2, Art. 603, Art. 767, Art. 814 Abs. 2, vorläufiger Entzug der Vertretungsbefugnis;
24. Art. 583 Abs. 2, Art. 619 Abs. 1, Art. 740 Abs. 3, Art. 741 Abs. 2, Art. 770, Art. 823, Art. 913, Bestellung und Abberufung der Liquidatoren;
25. Art. 585 Abs. 3, Art. 619 Abs. 1, Entscheid bei Widerspruch eines Gesellschafters;
26. Art. 600 Abs. 3, Bestellung des Sachverständigen;
27. Art. 697 Abs. 4, Art. 819 Abs. 2, Art. 857 Abs. 3; Art. 22 des Bundesgesetzes über die Anlagefonds<sup>1)</sup>, Anordnung von Auskunft und Einsicht;
28. Art. 697a–g, Sonderprüfung;
29. Art. 697h, Offenlegung;
30. Art. 699 Abs. 4, Art. 809 Abs. 3, Art. 881 Abs. 3, Einberufung der General- beziehungsweise Gesellschafterversammlung;
31. Art. 706a Abs. 2, Art. 808 Abs. 6, Art. 891 Abs. 1, Bestimmung eines Vertreters bei Anfechtung von Generalversammlungsbeschlüssen durch die Verwaltung;
32. Art. 727f, Einsetzung der Revisionsstelle;
33. Art. 744, Art. 770, Art. 823, Art. 913, Hinterlegung von Forderungsbeträgen bei der Liquidation;
34. Art. 770, Art. 823, Art. 913, Bewilligung zur Verteilung des Gesellschaftsvermögens vor Ablauf eines Jahres bei der Liquidation;

---

<sup>1)</sup> SR 951.31

35. Art. 890 Abs. 2, Abberufung und Neuwahl der Verwaltung und der Kontrollstelle;
36. Art. 971, Art. 977, Art. 981 bis 987; Art. 1072 bis 1080, Art. 1098, Art. 1143 Ziff. 19; Art. 13 des Bundesgesetzes über den Versicherungsvertrag<sup>1)</sup>, Kraftloserklärung von Wertpapieren;
37. Art. 1032, Hinterlegung der Wechselsumme;
38. Art. 1162 Abs. 3 und 4, Annullierung der Vollmacht und Erlass der erforderlichen Massnahmen;
39. Art. 1165 Abs. 3, Ermächtigung zur Einberufung einer Gläubigerversammlung.

**Art. 3**

Für die freiwillige Gerichtsbarkeit gelten die Vorschriften des summarischen Verfahrens (Art. 137 ff. ZPO)<sup>2)</sup> sinngemäss, wobei der Richter eine Hauptverhandlung und das persönliche Erscheinen der Parteien anordnen kann. b) Verfahren

**Art. 4**

Die Entscheide des Bezirksgerichtspräsidenten können mit Rekurs gemäss Artikel 12 EGzZGB<sup>3)</sup> angefochten werden. c) Rechtsmittel

**Art. 5**

<sup>1)</sup> Die durch das Obligationenrecht<sup>4)</sup> vorgesehenen Veröffentlichungen, öffentlichen Bekanntmachungen, Aufforderungen und Auskündungen erfolgen, wo durch Gesetz oder grossrätliche Verordnung nichts anderes vorgeschrieben ist, im Amtsblatt des Kantons Graubünden. 2. Veröffentlichungen

<sup>2)</sup> Die Befugnis der zuständigen Behörde zu anderen geeigneten Veröffentlichungen sowie die im Obligationenrecht<sup>5)</sup> vorgeschriebenen Publikationen im Schweizerischen Handelsamtsblatt bleiben vorbehalten.

**Art. 6**

<sup>1)</sup> Zur Leitung des Vorverfahrens ist der Bezirksgerichtspräsident zuständig, in dessen Amtskreis das Tier sich befindet. II. Besondere Bestimmungen

Im übrigen richtet sich das Verfahren nach den Vorschriften des Bundes und der kantonalen Zivilprozessordnung.<sup>6)</sup> 1. Gewährleistung im Viehhandel

---

<sup>1)</sup> SR 221.229

<sup>2)</sup> BR 320.000

<sup>3)</sup> BR 210.100

<sup>4)</sup> SR 220

<sup>5)</sup> SR 220

<sup>6)</sup> BR 320.000

**Art. 7**

2. Öffentliche Versteigerung

<sup>1</sup> Für das Verfahren bei der öffentlichen Versteigerung sind die Bestimmungen der Artikel 144 ff. EGzZGB <sup>1)</sup> massgebend.

<sup>2</sup> Die Versteigerung kann im Sinne von Artikel 230 Absatz 1 innert zehn Tagen beim Kantonsgerichtspräsidenten angefochten werden. Das Verfahren richtet sich nach Artikel 12 EGzZGB <sup>2)</sup>.

<sup>3</sup> Das Kreisamt ist zuständig, den Zuschlag bei der Versteigerung eines Grundstückes dem Grundbuchverwalter mitzuteilen (Art. 235 Abs. 2).

**Art. 8**

3. Schenkung

Zuständige Behörde zur Klage auf Vollziehung einer im öffentlichen Interesse liegenden Auflage bei der Schenkung nach dem Tode des Schenkers (Art. 246 Abs. 2) ist:

1. der Gemeindevorstand, wenn die Auflage im öffentlichen Interesse der Gemeinde liegt;
2. <sup>3)</sup>der Kreisrat, wenn die Auflage im öffentlichen Interesse des Kreises liegt;
3. die Regierung, wenn die Auflage im öffentlichen Interesse mehrerer Gemeinden, mehrerer Kreise oder des Kantons liegt.

**Art. 9**

4. Miete und Pacht

Zuständigkeit und Verfahren richten sich nach den Vorschriften des Bundes und den besonderen Bestimmungen des kantonalen Rechtes.

**Art. 10**

5. Gesamtarbeitsvertrag

Für die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen und deren Aufhebung ist vorbehaltlich des Bundesrechtes die Regierung zuständig.

**Art. 11**

6. Normalarbeitsvertrag

Zuständige Behörde im Sinne der Artikel 359 ff. ist die Regierung.

**Art. 11a<sup>4)</sup>**

7. Ehe- und Partnerschaftsvermittlung

Das kantonale Amt für Zivilrecht ist zuständig für die Bewilligung und Aufsicht bei berufsmässiger Ehe- und Partnerschaftsvermittlung im Sinne von Artikel 406c.

---

<sup>1)</sup> BR 210.100

<sup>2)</sup> BR 210.100

<sup>3)</sup> Fassung gemäss GRB vom 5. Oktober 1999; B vom 23. Februar 1999, 57; GRP 1999/2000, 179 (1. Lesung), 417 (2. Lesung)

<sup>4)</sup> Fassung gemäss GRB vom 4. Oktober 1999; B vom 6. Juli 1999, 289; GRP 1999/2000, 395

**Art. 12**

<sup>1</sup> Die Regierung erteilt die Bewilligung zur Ausgabe von Wertpapieren im Sinne von Artikel 482 Absatz 1. 8. Lagergeschäft

<sup>2</sup> Sie ist auch zuständig, Ordnungsbussen im Sinne von Artikel 1155 Absatz 2 zu verhängen.

**Art. 13**

Für Lotterien- und Glücksspielgeschäfte (Art. 515) sind die in den besonderen Bestimmungen des kantonalen Rechtes bezeichneten Behörden zuständig. 9. Spiel und Wette

**Art. 14**

Zur Anerkennung einer Pfandanstalt sowie zur Genehmigung der für den Pfandvertrag aufgestellten Bedingungen und der Hausordnung der Pfandanstalt im Sinne der Artikel 522 und 524 ist die Regierung zuständig. 10. Pfandvertrag

**Art. 15**

<sup>1</sup> Die Regierung bestimmt das Datum der Inkraftsetzung. <sup>1)</sup>

<sup>2</sup> Auf diesen Zeitpunkt werden folgende Erlasse des Grossen Rates aufgehoben: III. Schlussbestimmungen

1. Ausführungsverordnung zum Schweizerischen Obligationenrecht vom 18. November 1950 <sup>2)</sup>,
2. Verordnung betreffend das Verfahren bei der Gewährleistung im Viehhandel vom 29. Mai 1912 <sup>3)</sup>,
3. Ausführungsverordnung zum Bundesgesetz vom 1. April 1949 über die Beschränkung der Kündigung von Anstellungsverhältnissen beim Militärdienst vom 29. November 1949 <sup>4)</sup>.

---

<sup>1)</sup> Mit RB vom 27. Juni 1994 auf dem 1. Oktober 1994 in Kraft gesetzt

<sup>2)</sup> aRB 267; Änderungen und Ergänzungen in der AGS gemäss Sachwortregister BR

<sup>3)</sup> aRB 406; AGS 1985, 1573

<sup>4)</sup> aRB 1358



## Geltendes Recht

### Vollziehungsverordnung über die berufliche Vorsorge

Gestützt auf Art. 97 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) vom 25. Juni 1982<sup>1)</sup>

vom Grossen Rat erlassen am 1. Dezember 1993<sup>2)</sup>

#### Art. 1

<sup>1)</sup> Das Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartement ist Aufsichtsbehörde über die Vorsorgeeinrichtungen, die von Bundesrechts wegen (Art. 61 Abs. 1 BVG<sup>3)</sup> und Art. 89bis Abs. 6 ZGB<sup>4)</sup> der kantonalen Aufsicht unterliegen. Aufsichtsbehörde  
a) im allgemeinen

<sup>2)</sup> <sup>5)</sup>Es nimmt die im BVG, seinen Ausführungsbestimmungen und im ZGB der Aufsichtsbehörde zugewiesenen Befugnisse unter Vorbehalt weiterer Verfügungen und Entscheide durch das Amt für Zivilrecht wahr.

<sup>3)</sup> Diese führt auch das Register über die berufliche Vorsorge.

#### Art. 2<sup>6)</sup>

#### Art. 3

Die Vorsorgeeinrichtungen haben der kantonalen Aufsichtsbehörde den jährlichen Bericht mit den notwendigen Unterlagen innert spätestens sechs Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres zur Kontrolle einzureichen. Jahresberichte

<sup>1)</sup> SR 831.40

<sup>2)</sup> B vom 2. November 1992, 545 und vom 24. Mai 1993, 175; GRP 1992/93, 812; GRP 1993/94, 322 (1. Lesung), 584 (2. Lesung)

<sup>3)</sup> SR 831.40

<sup>4)</sup> SR 210

<sup>5)</sup> Fassung gemäss Art. 44 GrV über die Kantonale Pensionskasse Graubünden, BR 170.450

<sup>6)</sup> Aufhebung gemäss Art. 44 GrV über die Kantonale Pensionskasse Graubünden, BR 170.450



**Art. 4**

Gebühren

Die Regierung erlässt einen Gebührentarif für die Tätigkeit der Aufsichtsbehörde.

**Art. 5**

Rechtspflege

<sup>1</sup> Das Verwaltungsgericht beurteilt als einzige Instanz Streitigkeiten zwischen Vorsorgeeinrichtungen, Arbeitgebern und Anspruchsberechtigten.

<sup>2</sup> Auf das Verfahren finden Artikel 10 und 11 der Vollziehungsverordnung zu den Bundesgesetzen über die Krankenversicherung, die Unfallversicherung und die Militärversicherung <sup>1)</sup> entsprechende Anwendung.

**Art. 6**

Schlussbestimmungen

<sup>1</sup> Die Regierung bestimmt das Datum der Inkraftsetzung. <sup>2)</sup>

<sup>2</sup> Auf diesen Zeitpunkt wird die Verordnung der Regierung vom 27. September 1983 über die berufliche Vorsorge <sup>3)</sup> aufgehoben.

---

<sup>1)</sup> BR 542.300

<sup>2)</sup> Mit RB vom 27. Juni 1994 auf den 1. Oktober 1994 in Kraft gesetzt

<sup>3)</sup> AGS 1983, 1188, und AGS 1984, 1281